



# Idemokrat

tschechisch-österreichischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Bestellung ins Haus  
oder bei Bezug durch die  
Post  
monatlich . . . KZ 16.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährig . . . 96.—  
ganzzährig . . . 192.—  
Abstellung  
von Manuskripten erfolgt  
nur bei Einfindung der  
Retourkarten.  
Erscheint mit Ausnahme  
des Montags täglich früh.

2. Jahrgang.

Freitag, 27. Oktober 1922.

Nr. 253.

## Der Hohn der Satten.

In den Reden, die in den letzten Tagen im Abgeordnetenhaus gehalten wurden, hat auch die österreichische Frage einen gewissen Raum eingenommen. Der Außenminister Dr. Benesch beschränkte sein Exposé ausschließlich auf die Frage der Kredithilfe des Völkerbundes an Oesterreich und auch Dr. Kramarsch widmete ihr einen Teil seiner Ausführungen. Daß dem Letzteren die Mazedonisierung Oesterreichs, die mit der Kreditaktion des Völkerbundes verknüpft ist, ganz nach Geschmack ist, das ergänzt nur das Bild, das man von diesem Preisfechter der Reaktion hat und versteht sich von selbst. Wer so wie Dr. Kramarsch offen für die Wiederaufrichtung des zaristischen Regimes schwärmt, bei dem ist es nur natürlich, daß er sich freut, wenn es gelingt, irgendein Volk in die Fesseln des Despotismus zu zwingen, wie es durch die Einsetzung eines Finanzdiktators in Oesterreich geschieht. Ein wenig erstaunlicher ist es schon, wenn Herr Dr. Benesch ähnlichen Gedankengängen folgt und zu denselben Schlüssen kommt, wie Dr. Kramarsch, obwohl er sich im Ton von ihm etwas unterscheidet. Daß das österreichische Volk entmündigt, sein Staat seiner Souveränität beraubt und unter Fremdherrschaft gestellt werden soll, dafür fehlt auch ihm, dem Nationalsozialisten, jede Empfindung, er will nur die große Gnade sehen, die Oesterreich durch die Völkerbundgarantie für die Kredite gewährt wird, und er wie Herr Dr. Kramarsch fügt ihren Betrachtungen über diese Art von Hilfe Belehrungen an das österreichische Volk und den österreichischen Staat hinzu, die herausforderndem Hohn so ähnlich sehen, wie ein Eidem andern. Dr. Benesch und Dr. Kramarsch sind Angehörige der Regierungsparteien, die sich soeben anschickten, den 28. Oktober als Gedenktag der Befreiung des tschechischen Volkes, der Erringung seiner Selbständigkeit, festlich zu begehen. Die Freude über den Erfolg des Freiheitskampfes ihres Volkes hindert sie nicht, mitzuhelfen, die Scheite zu dem Scheiterhaufen zusammenzutragen, auf dem die Freiheit eines anderen Volkes verlodern soll.

Was Dr. Benesch und Dr. Kramarsch äußerten, daraus geht eines übereinstimmend hervor: es ist ein eminentes Interesse auch des tschechoslowakischen Staates, daß Oesterreich gesunde, darum suchen sie den Genfer Beschluß um jeden Preis zu verwirklichen. Daß die Gesundheit Oesterreichs auch auf anderem Wege, ohne seine Verflawung, erreicht werden könnte, sofern der Staat wirklich lebensfähig sein sollte, das fällt ihnen, den Freiheitskämpfern von ehedem, gar nicht ein. Sie sehen nur, daß sich unter Führung der sozialdemokratischen Partei im österreichischen Volke eine mächtige Bewegung gegen den Genfer Slavenertrag erhebt, die ihre Kreise zu stören droht und darum eilen sie zur Freude der „Reichspost“ und anderer christlichsozialer Blätter dem klerikalen Bundeskanzler zu Hilfe. Dr. Benesch behauptet, in Genf alles dafür getan zu haben, daß bei der Durchführung der Finanzkontrolle auf die „Würde und die Bedeutung des selbständigen Staates“ Rücksicht genommen werde. Daß er angesichts der Bestimmung des Genfer Beschlusses von Oesterreich noch als von einem „selbständigen Staate“ zu sprechen wagt, das zeigt, wie ihm nur eines am Herzen liegt: den ungeheuerlichen Hochverrat Seipels am österreichischen Staate mit allen Mitteln zu fördern. Darum saß er den österreichischen Sozialdemokraten gegenüber, es möge auch jetzt, wie bei den Verhandlungen über die österreichischen Kredite im Vorjahre, der Sanierungsplan von allen Schichten der österreichischen Bevölkerung gemeinsam durchgeführt werden. Und er meint, er könne sich keine Partei vorstellen, die es übernehmen könnte, dieses Abkommen abzulehnen. Die klerikale Wiener „Reichspost“ schlägt über diese wackere Schützenhilfe, die Dr. Benesch ihrem Seipel leistet, vor Freude geradezu Purzelbäume. Wenn der Herr Außenminister auf die im vorigen Jahre von allen Parteien in Oesterreich gemeinsam durchgeführte Kreditaktion verweist, so wählt er ein mehr als schiefes Beispiel, denn damals

## Die neue Regierung und die Forderungen der Arbeiterschaft.

Rede des Abgeordneten Genossen Pohl im Abgeordnetenhaus.

In seiner gestrigen Rede zur Regierungserklärung sagte Abg. Genosse Pohl unter anderem: Namens des Klubs, für den ich spreche, möchte ich an der Spitze meiner Ausführungen einen Protest vordringen gegen das Verhalten des Herrn Eisenbahnministers im Laufe der heutigen Tagung. Der Herr Eisenbahnminister hat hier offiziell zugegeben, daß er einem Abgeordneten oder zweien im dienstlichen Verkehr keinen Bescheid gegeben hat, mit der Begründung, daß sich diese oppositionelle Partei „im Parlament ungebührlich aufgeführt hat.“ Wir nehmen an, daß es sich um eine dienstliche Angelegenheit gehandelt hat und daß die Minister als die ersten Beamten des Staates nicht nur für die Koalition, sondern für alle Staatsbürger da sind. Karger können Sie die Demokratie, das parlamentarische Leben nicht verletzen, als wenn Sie sich hinter den Ausdruck dieses Jahres Ministers stellen. Wir erwarten, daß der Herr Ministerpräsident dem ganzen Hause mitteilt, ob diese Auffassung des Herrn Eisenbahnministers die Auffassung der Gesamtregierung ist.

### Die ignorierte Not der Hunderttausenden.

Ministerpräsident Sechla schloß sein Exposé mit den Worten: „Unser junger Staat ist über die größten Schwierigkeiten hinweg. Wenn wir alle unsere Pflichten erfüllen, können wir ruhig in die Zukunft blicken.“ Ich muß die Regierung um diesen Optimismus beneiden, der mit der Wirklichkeit in so kräftigem Widerspruch steht. Hunderttausende Menschen sind arbeitslos und noch sind wir nicht am Höhepunkt der Krise angelangt. Die Zahl der Arbeitslosen vermehrt sich von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde.

### Was tut die Regierung für die Opfer dieser Krise?

Unzähligen Arbeitslosen wird unter den wichtigsten, kleinlichsten Argumenten die staatliche Arbeitslosenunterstützung verweigert! Die Erlasse des Ministeriums für soziale Fürsorge, die eine

war die Gewährung der Kredite nicht an die schändliche Bedingung der Einsetzung eines Vormundes über Oesterreich geknüpft. Bei der Wahl dieses Beispiels geht er also von einem großen Irrtum aus. Und er irrt nicht minder, wenn er seine Haltung den sozialdemokratischen Parteien gegenüber dadurch für „gerechtfertigt“ hält, daß er erzählt, er habe in Genf „die Notwendigkeit betont“, der österreichischen Regierung ein vernünftiges und allen Parteien zugängliches Vorgehen zu ermöglichen. Wir, die wir Herrn Dr. Benesch aus der Nähe kennen, wissen, daß ihm solche glatte, unverbindliche und zu nichts verpflichtende Redensarten billig sind wie Brombeeren.

Herr Dr. Benesch hat sich auch bemüht, die Schuld an Oesterreichs finanzieller Herrütung auf dessen Regierungen zu schieben, deren bisherige finanzielle Gebahrung zu schweren Erschütterungen für den Staat führen mußte. In dieselbe Kerbe hieb Dr. Kramarsch, der seinem alten Haß gegen Oesterreich dadurch Ausdruck verlieh, daß er als Ursache der wirtschaftlichen Katastrophe Oesterreichs ausschließlich die „unmögliche Art“ seiner Staatsverwaltung hinstellte. Man muß gewiß nicht alles, was Oesterreichs Regierungen bisher taten, als bewundernswert ansehen, um zu erkennen, daß die Behauptung der beiden Redner ebenso eine Annäherung wie eine Unwahrheit ist. Eine Annäherung, weil weder sie noch ihre Ministerkollegen bisher bewiesen haben, daß ihre Staatskunst weiter her ist, als jene der österreichischen Regierungen. Auch die tschechoslowakische Republik befindet sich in schwersten Wirtschaftsnöten, die nicht allein in der Weltkrise ihren Ursprung haben, sondern die auf heimische Sünden hinweisen; auch sie hat in ihren Jahresbudgets unbedeckte Abgänge und ebenso sah auch sie sich gezwungen, ausländische Kredite in Anspruch zu nehmen. Dabei hatte es dieser Staat, dem die Sieger,

„strenge Handhabung“ der Vorschriften beinhalten, werden nicht zurückgezogen. Wir brauchen eine ausreichende Erweiterung des Wirkungsbereiches der Unterstützungsberechtigten. Zwei Drittel der Arbeitslosen scheiden Sie von der Unterstützung aus und das nennen Sie staatliche Fürsorge? Die Regierung muß konkretere Angaben machen. Gerade in den deutschen Randgebieten des Staates, in den Hauptzentren der Industrie, ist die größte Arbeitslosigkeit seit Monaten und Jahren. Und diese armen Menschen werden nach einem halben Jahr aus der staatlichen Unterstützung unter den niedrigsten Vorwänden ausgeschlossen. Wir haben einen Gesetzentwurf eingebracht, durch den die staatliche Arbeitslosenunterstützung geregelt werden soll. In diesem Gesetzentwurf werden keine himmelstürmenden Forderungen aufgestellt, sondern nur das elementarste Recht der Menschen soll dadurch sichergestellt werden.

Was sagt nun die Regierungserklärung in Bezug auf die

### produktive Arbeitslosenfürsorge:

Wir sind keine Anhänger der unproduktiven Arbeitslosenfürsorge, wir wollen, daß der Staat alles tue, um Arbeitsmöglichkeit zu schaffen. Die Regierung verspricht uns, sie werde dort Notbauten errichten, wo nichtqualifizierte Arbeitslose in größerem Ausmaß vorhanden sind. Warum diese ungeheure Einschränkung, warum dieser feine Unterschied zwischen qualifizierten und nichtqualifizierten Arbeitslosen? Es soll wohl so bleiben wie bisher, daß alles, was vom Staate für öffentliche Bauten aufgewendet wird, nur Prag, Pilsen und Oltraun zugute kommt. Die größere Wohnungsnot herrscht in den deutschen Industriegebieten. Dort haben Sie bisher in produktiver Arbeitslosenfürsorge gar nichts geleistet. Das ist also zumindest recht bedenklich, ungeheuer bedenklich. Wir können uns ungefähr vorstellen, was man, ich werde noch einige Fälle aufzeichnen haben, von den Besprechungen der Regierung zu halten hat, wessen man sich auch hier bei dieser etwas abschätlich merkwürdigen Fassung zu versehen hat.

darboten, was der Heißhunger seiner Machtgier nur wollte, wohl leichter, als Oesterreich, das zum Krüppelstaate zugestuft, aller Hilfsquellen beraubt wurde und das sich zu allem auch noch in die Lage versetzt hat, für die Tausende deutscher Angestellten sorgen zu müssen, welche in den neuen Nachbarstaaten um ihre Existenz gekämpft waren. Die Herren Kramarsch, Benesch und Genossen konnten aus dem Volke schöpfen und doch kann niemand sagen, daß sie, die über alles verfügten, was ein Staat zum Leben braucht, das ihnen anvertraute Pfand einwandfrei verwaltet hätten. Wie können sie sich da unterstehen, sich aufs hohe Ross zu setzen und anderen gute Lehren zu erteilen. Aus dem Leibe Oesterreichs wurde zugunsten des tschechischen Staates herausgeschnitten, was herauszuschneiden war, mit breitem Behagen teilten sich die Gegner Oesterreichs in dessen Eigentum, ohne dabei auch dessen Verpflichtungen gegenüber seinen ehemaligen Staatsbürgern zu übernehmen und zu erfüllen. Die noblen Erben lösten weder die Kriegsanleihe noch die anderen Verpflichtungen des Erblassers ein, da war es wahrlich nicht schwer, die Wirtschaft ihres neuen Staates gegenüber dem armen Oesterreich in einen besseren Zustand zu versetzen. Nun, da ihre Mägen gefüllt sind, spotten sie des Hungern, dem sie die Bissen vom Munde weggenommen haben.

Was aus den Reden der Herren Kramarsch und Benesch spricht, das ist der Hohn der Satten. Wer sich zu solcher „Mentalität“ bekennt, der kann naturgemäß auch für den Kampf um die Freiheit des Volkes und Unabhängigkeit des Staates, den unsere Genossen in Oesterreich als eine aufrechte Partei führen, kein Verständnis haben. Aber auch über dieses Unverständnis wird die Geschichte ihren Weg gehen.

Die neue Regierung kündigt eine Menge Reformen an: Den Abbau der Personal-auslagen, d. h. wohl weniger den Abbau des Personals, als vielmehr den Abbau der Gehälter. Sie kündigt uns weiter den Ausbau der Wehrmacht an und der Herr Finanzminister ist ganz entzückt davon daß wir schon 11 Prozent erspart haben. Jetzt, da nach dem Verfassungsgesetz sehr bald die Zeit kommt, wo die Miliz einzuführen ist, betreibt man den Ausbau der Wehrmacht!

Die Aufgabe der Regierung wäre es, das neue System der Wehrmacht, die Miliz, vorzuziehen!

Das Regierungsprogramm sagt zur Krise, es sei die Hebung des Inlandsmarktes notwendig, damit unsere Industrie nicht mehr von der zufälligen Exportmöglichkeit abhängt! Wie macht man denn das? Das sagt die Regierung ebenfalls: „Durch eine blühende, landwirtschaftliche Produktion.“ Wir haben bisher angenommen, daß der inländische Absatz durch Erhöhung der Kaufkraft gehoben wird. Sie aber hängen den breiten Schichten des Volkes den Brotkorb immer höher, Sie reden von nichts anderem als vom

### Abbau der Löhne, das ist Ihre Konsolidierung.

Wer soll denn die Produkte kaufen, die die Landwirtschaft hervorbringt? Der innere Widerspruch, an dem der Staat krankt, ist, daß er politisch und militärisch nach Frankreich orientiert ist, während er in Wirklichkeit wirtschaftlich auf Gebeld und Verderb mit dem Deutschen Reich und Oesterreich verbunden ist. Und brechen diese Staaten zusammen, so geht die tschechoslowakische denkselben Weg. Dr. Kramarsch hat den Oesterreichern eine Sittennotete erteilt, indem er sagte: „Was wollt Ihr Oesterreicher? Ihr könnt ja nicht wirtschaften! Kommt zu uns her oder wir schicken Euch jemanden, vielleicht den Direktor Bospisil, der wird euch wirtschaften lehren. Das ist sehr leicht gesagt von einem Staate, den Ihre Friedensverträge von der ersten Minute an lebendig und möglich gemacht haben. Es ist aber die Frage, wie es aussehen würde, wenn das Schicksal Sie als Staatsmänner in jenen Staat versetzt hätte. Wo wären Sie heute schon mit Ihrer Wirtschaft, da Sie diesen blühenden, gesunden, kräftigen Staat halb und dreibeitig zugrunde gewirtschaftet haben! (Beifall bei den deutschen Sozialdemokraten.) Ihnen sieht es am allerwenigsten zu, Jesuren zu erteilen.

Die Wirtschaftskrise hat es in der tschechoslowakischen Republik glücklich so weit gebracht, daß wir

vom Warenexport zum Menschenexport gekommen sind. (Abg. Juriga ruft: „70.000 Slowaken sind schon ausgewandert!“) Wenn Sie glauben, daß dies vom internationalen Standpunkte für Sie ein Vorteil ist, weil doch zurück die Internationalen zur Auswanderung gezwungen werden, täuschen Sie sich. Die besten Kräfte gehen ins Ausland. Es werden tschechoslowakische Staatsbürger sein, die uns am Westmark erfolgreich Konkurrenz machen werden, weil sie jetzt durch Ihre Politik ins Ausland getrieben werden.

Die Unternehmer — Tschechen und Deutsche wunderbar vereint — mühen in unünger Harmonie die Krise dazu aus, um die Arbeiterschaft zu entrechten. Die von der Reaktion waren es, die Herrn Direktor Sonnenschein im vorigen Jahre nach Mähr. Oltraun eingeladen und angestrußelt haben, denselben Herrn, der am 16. November 1916 in einer Sitzung des Wirtschaftsrates in Wien, wo lauter Generale anwesend waren, erklärt hat: „Gegen die Tschechen und die renitenten Bergarbeiter muß man nur Maschinengewehre aufstellen lassen, dann wird es schon gehen.“ (Hört! Hört!) Warum reden Sie mir von Wirtswissen und nicht auch von der Berg- und Hüttenwerkgewerkschaft, in der Ihr Professor Engländer, Dr. Schöner, Ihr Feind ist und noch so manche andere Herren sitzen in unünger Verbindung mit der Zivillistenbank? Von denen reden Sie nicht, deren Direktiven von Herrn Sieghardt und Günther aus Wien und vom Herrn Schneider aus Paris kommen. Diese Herren dürfen es wagen, vor wenigen Tagen ein großes Plakat in der Provinz und in Prag anzuschlagen, in welchem steht: „Unser junger Staat“ und darunter: „Die vereinigten Berawerksbesitzer Mähr. Oltraun.“ Das sind die Herren Direktor Paulus aus Wien, Präsident Sieghardt von der Bodensiedleranstalt, Herr Generaldirektor Günther, das sind die vier Brüder Guttmann, der Herr Louis Rothschild und noch ein anderer Rothschild Herr Max Schneider aus Paris! Das sind diejenigen, die sagen: „Unser junger Staat.“ (Hohngelächter bei den deutschen Sozialdemokraten.)



Ich würde diese Anreden nicht in dieser Schärfe vorbringen, wenn wir sie heute zum erstenmal vortragen würden. Aber haben wir nicht von dieser Stelle aus schon wiederholt Gelegenheit gehabt, auf diese Zustände hinzuweisen und aufzuzeigen, was da kommen muß? Haben nicht die Gewerkschaftsorganisationen — und zwar alle Gewerkschaften der Republik — in ihrer Konferenz am 5. Juli Ihnen eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die geeignet waren, die Lage der arbeitenden Bevölkerung zu mildern? Bisher haben Sie nichts getan. Was sagt die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, was sagt Herr Dr. Raschín darüber? Gar nichts.

Unter allem, was uns schwer bedrückt, stehen

**Umsatzsteuer und Kohlenabgabe**

an erster Stelle, weil sie nicht einmal auf dem Produkte liegen, sondern unter Umständen schon bis zwösfmal. In der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten Zvebha heißt es: „Die Herabsetzung der Kohlenabgabe ist notwendig.“ Herr Finanzminister Dr. Raschín, aber sagte in seinem Erfolge: „Die Kohlensteuer setzt sich von selbst herab, — an eine weitere Herabsetzung der Kohlenabgabe ist nicht zu denken.“ Ich frage: Was ist richtig? (Zwischenruf: „Beides.“) Nein! In derselben Stunde, in der der Herr Ministerpräsident Zvebha hier verlesen hat, daß die Kohlenabgabe herabgesetzt wird, hat sie Dr. Raschín in Mährisch-Odrau praktisch herabgesetzt, und zwar von 7 auf 10,5 Prozent. (Hört! Hört!) Man hat bisher erklärt, die Löhne der Bergarbeiter müssen herabgesetzt werden, dann wird es gehen. Jetzt haben die Bergarbeiter die Löhne um 25 Prozent herabgesetzt und statt, daß der Staat jetzt die Kohlensteuer herabsetzt, erhöht sie der Herr Finanzminister. Es ist ein schwebendes Spiel, hier so zu reden, und zu Hause, in den Kneipen genau das Gegenteil von dem zu machen, was man hier gesagt hat. Der Herr Finanzminister Raschín sagt: „Wenn man die Kohlensteuer nicht herabsetzt, werden noch einige nicht lebensfähige Gruben zum Stillstande kommen.“ Lebt Herr Raschín auf dem Monde? Weiß dieser Finanzminister nicht, daß bereits 80 Gruben, die nicht lebensfähig sind, seit 1 1/2 Jahren eingegangen sind, daß innerhalb 1 1/2 Jahren 25.000 Bergarbeiter entlassen wurden? Es zeugt nicht von großem Verantwortungsfühl, in diesem Zeitpunkt so zu sprechen.

Ich möchte nun mit einigen Worten aufzeigen, wie sich die Kohlensteuer und unsere unerhörten Frachtarife gegen das Ausland stellen. In der Tschechoslowakei beträgt der einfache Tarif einer gewissen Sorte Kohle, bei 100 Kilometer 100 Prozent. In Deutschland kostet daselbe Gut bei derselben Entfernung 16 Prozent, in Österreich 18 Prozent, in Jugoslawien 19, in Ungarn 5, in Polen 11, in Italien 64, in Frankreich 60, in Belgien 47 Prozent des Tarifes. Wir haben also doppelt so hohe Tarife als das Land Belgien, das ja im Weltkriege auch gesiegt hat und das auch ein Industrieland ist. Ein Waggon Kohle kostet heute ab Schacht 130.000 Mark. Von diesen 130.000 Mark sind 82.000 Mark Kohlensteuer und Tarife bis zur deutschen Grenze. (Hört! Hört!).

Nun sagt Dr. Raschín: Wir müssen diesen Prozeß durchmachen, er tut weh, wir werden aber dabei sehr gesund herauskommen, wir nähern uns im Großhandel den Preisen, wie sie bereits im Index der Schweiz sich ausdrücken. Wie unwahr das ist, beweisen die Löhne in England und dort kostete am 31. Juni das Fleisch 14, bei uns 20 Kronen, Mehl in England 2,76, bei uns 4,83, Zucker in England 7,32, bei uns 7,38, Milch ist in England um 1 Krone billiger, Margarine um die Hälfte.

Der englische Arbeiter, der für eine Menge von Lebensmitteln 16 Kronen ausgibt, müßte in der Tschechoslowakischen Republik für dieselbe Lebensmittelmenge 24 Kronen bezahlen. Der englische Arbeiter verdient diese Menge Nahrungsmittel in zwei einhalb Arbeitstagen. Wenn der englische Arbeiter heimwärts und dieselben Nahrungsmittel hier kaufen wollte, müßte er fünf Arbeitstage arbeiten.

Um so viel ist die Lebenshaltung der hiesigen Menschen schlechter. Und da wagen Sie davon zu reden, daß wir uns dem Index anderer Staaten nähern, da wagen Sie, davon zu reden, daß das — „Konsolidierung“ ist! Sie haben es wunderbar verstanden, das Interesse des Staates den Massen der Arbeiter als ihr Interesse verzugtauschen. Was Sie als Interesse des Staates ausgeben, das sind vielmehr zum großen Teile die Interessen der kapitalistischen Schichten dieses Staates und des tschechischen Finanzkapitals. Herr Ministerpräsident Zvebha sagt, es ist Aufgabe der Regierung, die wirtschaftlich Schwachen zu schützen. Worin besteht dann dieser Schutz? Wenn sich die Arbeiter nicht mehr zu helfen wissen und die Arbeit einstellen — wie es unlängst in Odrau geschah gegen den Übermut und mit Willen und unter dem Diktat der Odrauer Unternehmer —, beschützt der Minister des Innern, ohne daß das geringste passiert wäre, Gendarmen ins Revier, damit vom ersten Moment an die Kapitalisten dort wissen: Auf den Staat können wir uns verlassen. Daran sehen Sie — und das sage ich zu den sozialistischen Parteien der Koalition — wie weit Sie es in diesem Staate gebracht haben. Der Ausdruck dafür ist die Regierungserklärung, ist die Regierungsbank, wo Sie nur noch untergeordnete Posten einnehmen, wo die wichtigsten Posten von Vertretern der kapitalistischen Parteien besetzt sind. Es war kein, daß sich die scharfen Zustände innerhalb des tschechischen und deutschen Proletariats noch etwas verschärfen dürften, weil die Krise naturgemäß an den Randgebieten beginnt und viel später und langsamer in die tschechischen Gebiete kommt. Aber heute zeigt sich schon, daß auch immer größere

Teile des tschechischen Proletariats genau so unter diesen Zuständen zu leiden haben.

Die Antwort der Regierung vom 14. d. hat uns auf keinen Fall entsprochen und ist nicht als Antwort für die Gewerkschaften anzusehen. Die Erklärungen Dr. Raschíns und des Herrn Ministerpräsidenten Zvebha entsprechen noch weniger. Zur Charakteristik diene folgendes: Als am 5. Juli hier in Prag die Vertreter von 1,5 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter versammelt war, um über die wirtschaftliche Not der Arbeiter Beschlüsse zu fassen, wurden zu diesen Verhandlungen das Eisenbahnministerium, das Finanzministerium, das Handelsministerium, das Ministerium für öffentliche Arbeiten und das Ministerium für soziale Fürsorge eingeladen. Außer den beiden letztgenannten, haben es Ministerien nicht einmal der Mühe wert gefunden, eine Entschuldigung zu schicken. Diese 1,5 Millionen organisierter Ar-

**Die gekrigte Sitzung des Abgeordnetenhauses.**

Die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses, in welcher die Debatte über die Regierungserklärung fortgesetzt wurde, brachte vor allem eine neuerliche Enthüllung der skrupellosen Art, wie in diesem Staate regiert wird. Die Tatsachen, die der Abgeordnete Hlinka über die Regierungsmethoden des Herrn Eisenbahnministers Stříbrný zutage förderte, sind ein ganz unerhörter Skandal und die Oppositionsparteien haben ihrer gerechten Empörung auch deutlichen Ausdruck verliehen. In jedem anderen Staate würde ein Minister, der durch sein Verhalten solche Szenen hervorriefe, nicht 24 Stunden mehr am Posten bleiben. Das letzte Wort in dieser Angelegenheit wird noch zu sprechen sein, wenn es geklärt sein wird, ob die heillos dastehende Auffassung des Herrn Stříbrný von seinen Pflichten auch von der Gesamtregierung geteilt wird. Unser Klub hat seinen Protest in dieser Frage durch noch zu sprechen sein, wenn es geklärt sein wird, ob die heillos dastehende Auffassung des Herrn Stříbrný von seinen Pflichten auch von der Gesamtregierung geteilt wird. Unser Klub hat seinen Protest in dieser Frage durch den Mund unseres gestrigen Sprechers an den Ministerpräsidenten gerichtet. Abgeordneter Genosse Pohl begann mit dieser Angelegenheit, die das Haus in große Erregung setzte, seine große Rede, die klarlegte, wie die alte und die neue Regierung die wirtschaftlichen Lebensfragen des Proletariats behandelte und behandelt. Am Vormittag überreichte Dr. Lodygman der Regierung und den Mehrheitsparteien die Kampfansage der beiden hakenkreuzlerischen Parteien. Die wievielte Kampfansage ist das wohl schon?

**Die Fortsetzung der Debatte.**

Präsident Tomásek eröffnete die Sitzung um halb 11 Uhr. Die Debatte des gestrigen Tages wurde fortgesetzt. Es sprachen zunächst Abg. Pudec und Abg. Veda (tschech. Soz.-Dem.). Dieser trat für eine st. waische autonome im Rahmen der geplanten Gauenverbände und für die baldige Durchführung der Wahlen in Maribor, Prag und ein. Redner wünscht energischer Einschreiten gegen die Stapeln aller Nationalitäten in der Slowakei, tadelt die unhygienischen Zustände in den dortigen Kranienhäusern und rügt die herrliche Agitation in der Armee und im sonstigen öffentlichen Leben der Slowakei. Wenn das slowakische Volk sehen wird, daß sich der Staat um seine Interessen bekümmert, wird in der Slowakei jede Treddenta verschwinden. Darauf gab Abg. Dr. Vooguan (d. Nat.) eine Erklärung ab, in der es unter anderem heißt:

Die Deutsche Nationalpartei und die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei nehmen den Personenwechsel auf der Regierungsbank in dem Bewußtsein zur Kenntnis, daß sich an der Lage des deutschen Volkes auch durch die Einsetzung der neuen Regierung nichts zum Besseren ändern wird. Das System der Unterdrückung und Ausplünderung des deutschen Volkes in diesem Staate und durch ihn ist eben in dem Bestande des Staates selbst begründet und wird von den Machthabern freiwillig niemals aufgegeben werden. Die Zielsetzung der deutschen Volkserreuer ist daher nicht auf parlamentarischem Wege zu suchen. Die dem System und seinen Vertretern gegenüber versagen alle just üblichen Begriffe von Recht und Sitte, ihnen gegenüber gilt einzig und allein das Recht der Notwehr, welches mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gehandhabt werden muß. Zur Sicherung dieses Systems gehören alle Bestimmungen und Maßnahmen der jeweiligen Regierungen ohne Unterschied der Personen, welche bestimmt sind, die freie Meinungsäußerung zu unterbinden, das Briefgeheimnis im sogenannten Staatsinteresse zu verletzen der zu umgehen, die persönliche Freiheit zu bedrohen, die Selbstverwaltung der Gemeinden und Bezirke aufzuheben, die Schulbildung der deutschen Bevölkerung zu vereiteln, die Verhandlung des Parlamentes durch eine auf zerrüttete Polizeiverordnung unter dem Namen Geschäftsordnung nach dem Willen der Machthaber zu gestalten. (Präsident Tomásek ruft den Redner für das Wort „Polizeiverordnung“ zur Ordnung.) Die Tschechen, in deren Händen gegen Recht und Gerechtigkeit die Verherrschung der nichttschechischen Nationalen erfolgt wurde, werden von ihren Grundgesetzen nicht abgehen, mag schon diese oder jene Regierung an der Spitze des Staates stehen. Wir erwarten unsere Befreiung nicht von die-

seiner Parlamente, nicht von der Zustimmung tschechischer Parteien, sondern von geschlossenen Widerstände der Unterdrückten und von der freien Auflösung des Auslandes, welche schließlich die Unhaltbarkeit der vorläufigen Friedensverträge und damit auch dieses Zwangsstaates dazum bringen werden. (Präsident Tomásek ruft den Redner für die letzten Worte zur Ordnung.) Diesen Grundgesetzen wollen wir auch unter der neuen Regierung treu bleiben, denn wir wollen nirgends die trügerische Hoffnung erwecken, daß sich die Zustände hierzulande mit Willen und Wissen der tschechischen Parteien bessern könnten.

**Außenminister Dr. Benes.**

zum Worte. Er verwahrte sich gegen die im Parlament und Senat von den Slowaken „systematisch inszenierte“ Obstruktion wegen der Jaworinfrage. Er stellte fest, daß Ende Mai 1921 Abg. Hlinka als Abgeordneter der slowakischen Volkspartei, welche die Regierung in offizieller Intervention unterrichtete, zu ihm ins zani auf den Grabstein gekommen sei und von ihm gefordert habe, die Jaworina den Polen abzutreten, indem er gleichzeitig die Bittschriften einiger Personen und Gemeinden vorlegte, welche boten, im Austausch gegen die Jaworina der Republik wieder angegliedert zu werden. Einige Tage später hat sich die Volkspartei an eine Reihe von slowakischen Abgeordneten anderer Parteien gewendet und legte ihnen zur Unterschrift ein Gesuch an das Außenministerium vor, wo dieser Antrag genauer formuliert war. Als Zeugen führte der Außenminister die Abgeordneten Botto, Vanovič, Janek, Hrubovský, Dr. Alima etc. an, denen das Gesuch zur Unterschrift vorgelegt wurde, die sich aber geweigert haben, es zu unterschreiben. Es war das erste Mal, daß der Regierung die politische Frage der Jaworina offiziell unterbreitet wurde. Erst später haben die Polen die Frage der Jaworina in eben derselben Form wie Abg. Hlinka aufgestellt.

Nach den Ausführungen der Abgeordneten Horal (tsch. Gew.) und Hamel (tsch. Al.) sprach Abg. Mayer (d. Agr.), der sich einige Ordnungsrufe holte und während dessen Rede die Deutschbürgerlich heftige und lärmende Zwischenrufe gegen die Regierung machten.

Abg. Hlinka (tsch. Volksp.), stellte die Angaben des Außenministers betreffend die Jaworina in Abrede. Wenn etwas von der Jaworina genommen werde, seien Dr. Benes und der Abg. Hruška dafür verantwortlich zu machen. Redner habe im „Čech“ gefordert, daß Dr. Benes ihn klage. Denn er sei bereit, vor jedem Gerichte zu beweisen, daß er recht habe.

Ein ungeheurer Lärm erhob sich, als Redner sagte: „Zwei Mitglieder der Volkspartei wurde gestern, als sie in einer Angelegenheit beim Eisenbahnminister Stříbrný intervenierten, erklärt: „Wenn ihr in der Opposition seid, könnt ihr nicht auf un're Unterstützung rechnen.“

Dann hatte er dies gesagt, stürzten sich die Slowaken zur Ministerbank, auf der Eisenbahnminister Stříbrný saß. „Hamba“ rufe ertönen. Sie schlugen mit den Fäusten auf die Ministerbank. Die deutschen Sozialdemokraten, Deutschbürgerlichen und Ungarn verließen ihrer Empörung lauten Ausdruck. Fast eine halbe Stunde dauerte die riesige Aufregung im Hause an. Bergebens versuchte Vorsitzender Botto beschwichtigend einzuwirken. Als sich der Lärm ein wenig legte, fuhr Hlinka fort: „Gestern abends wurde einigen Abgeordneten gesagt, der Ministerrat habe beschlossen, Recht werde nur den Regierungsparteien gegeben werden.“ Unter ungeheurem Lärm und tosendem Beifall seiner Partei verläßt Hlinka die Rednertribüne.

**Eisenbahnminister Stříbrný**

der während des Zwischenfalls auf seinem Platze verblieben war, meldete sich darauf sofort zur sachlichen Berichtigung. Der Minister berief sich in seiner Antwort auf folgendes: Abgeordneter Tomásek sei im Verlaufe des Tages, begleitet von einem Herrn, den der Minister nicht kannte, bei ihm erschienen, habe ihm eine Zuschrift überreicht und ihn um irgendeine Intervention für einen Herrn gebeten. Darauf habe er entgegnet, nach al dem, was sich im Verlaufe des gestrigen Tages abgespielt habe, da die Kollegen Hlinkas gegen die Regierung in einer seiner Ansicht nach in einem Parlament völlig unzulässigen Form „aufgespielt“ haben, sei er der Ansicht, daß eine gemeinsame Beziehung nicht gut denkbar sei, son-

dern dann sei nur eine rein amtliche Beziehung möglich.

Darauf erhob sich wieder allgemeiner Lärm. Währenddem diskutierte Minister Stříbrný den stenographen den Rest seiner Rede. Dem Protokoll ist folgendes zu entnehmen: „Ich habe die Erfahrung, daß viele Interventionen der Herren der Volkspartei sich auf persönliche Forderungen beziehen, was mit dem Wortlaut der Verfassung nicht übereinstimmen würde, und deshalb habe ich die Herren auch in diesem Falle auf den reinen Amtsweg verwiesen.“

Der Lärm dauerte fort. Der nächste Redner Abg. Stodola (tsch. Agr.) las seine Rede den stenographen vor. Erst nach seinem Abgang trat Ruhe ein.

Abg. Světlík (Komm.) legte im Namen seiner Partei Verwahrung gegen das Vorgehen des Eisenbahnministers, den Oppositionsparteien gegenüber ein.

Nach den Abgeordneten Gerál (tsch. Soz.-Dem.) Palkovský (ung. Christl.-Soz.) und Hýpar (tsch. Merit.) sprach Abgeordneter Genosse Pohl, dessen Rede wir an anderer Stelle wiedergeben.

Nach den Ausführungen des folgenden Redners Abg. Masata (tsch. Agr.) sprach

Abg. Johaniš (tsch. Soz.-Dem.). Er wandte sich gegen das Finanzministerium, welches behauptet, es sei besser für den Staat, Arbeitslosenunterstützung auszusparen, als neue Unternehmungen ins Leben zu rufen. Im Interesse sozialer Unternehmungen forderte der Redner vom Staate ein Einschreiten gegen das wucherische Vorgehen der Banken. Alle Konturfe sollen streng überprüft werden. Redner hält den Bestand des Ernährungsministeriums für notwendig.

Zu einer sachlichen Feststellung meldete sich Abg. Tomaneč (tsch. Volksp.) zu Wort. Er erklärte, er sei zum Eisenbahnminister mit einem Besuch in Angelegenheit eines Slowaken gekommen, der zwei Jahre beim Militär diente und nach Beendigung seines Militärdienstes forderte, in den Eisenbahndienst aufgenommen zu werden. Der Herr Minister Stříbrný antwortete aber, aus den gestrigen Ereignissen gehe hervor, daß die Angehörigen der slowakischen Volkspartei die Regierung angreifen und daß es gemäß einem Ministerratsbeschluss nicht möglich sei, über diese Intervention zu verhandeln. Redner betonte, er sei zum Minister gekommen, um dieses Unrecht zu beseitigen, welches an dem betreffenden Slowaken verübt worden war. Abgeordneter Hudec rief dazwischen: „Das ist gegen die Verfassung.“

Abgeordneter Tomaneč: „Der Minister ist im Parlament ein Beamter und als solcher ist es seine Pflicht mit den Abgeordneten in Verbindung zu sein.“

Darauf wurde die Sitzung geschlossen. Die heutige Sitzung, in welcher u. a. auch die Angelegenheit Dr. Baerans erledigt wird, findet um 10 Uhr vormittags statt.

**Aus der Präsidialsitzung.**

Die gestrige Sitzung des Präsidiums des Abgeordnetenhauses verhandelte unter anderem über die weitere parlamentarische Zeiteinteilung. Die Debatte soll spätestens heute nachmittags abgeschlossen werden und dann soll sofort zur Abstimmung geschritten werden. Dann soll eine Pause bis zum 7. November eintreten, welche von den Ausschüssen zur Vorbereitung des Budgets benützt werden soll. Dann gelangte unter anderem die Interpretation der Geschäftsordnung zur Verhandlung. Hierbei stellt sich das Präsidium auf den Standpunkt, daß die in der Geschäftsordnung vorgegebene Befristung für die Beantwortung der Interpellationen gleichermäßen für die dringlichen wie für die einfachen Interpellationen gelte, was der Regierung zur Kenntnis gebracht werden soll. Vizepräsident Genosse Dr. Czech brachte dann neuerlich die Wünsche der Oppositionsparteien wegen Zubilligung ausreichender Redezeit zur Verhandlung und verwies insbesondere auf die den Oppositionsparteien günstigere Praxis des Senats. — Hierauf beschloß das Präsidium, ein Komitee, bestehend aus den Vizepräsidenten Dr. Czech und Hruban, mit der Antragstellung für die nächste Sitzung zu betrauen.

**Aus dem Initiativausschuß.**

Dieser höchstüberflüssige Ausschuß, der im letzten Jahre kaum je in Erscheinung trat, soll nunmehr, wie es scheint, wieder lebhafter Tätigkeit entfallen. Abgeordneter Prokeš, der merkwürdige Sozialdemokrat, der zu allen reaktionären Dingen zu haben ist, stellte den offenbar unter den Koalitionsparteien vereinbarten Antrag, es solle mit dem jetzt üblichen Brauche, über die zugeteilten Anträge noch in derselben Sitzung zu referieren, gebrochen und den Referenten Zeit zum Endum der Anträge gegeben werden. Diesem Antrag schloß sich Dr. Engliš an. Namens der deutschen Sozialdemokraten erklärte Abgeordneter Genosse Dr. Hottischer, daß der Initiativausschuß als durchaus un-demokratische Einrichtung zu verwerfen sei. Ursprünglich dazu bestimmt, obstruktionistische Anträge zu verhalten, wird er jetzt dazu verwendet, alle Anträge der Opposition, die sich mit der Verfassung, der Geschäftsordnung und der Sprachfrage beschäftigen, ohne Verhandlung zu begraben. Die Partei müßte jeden Versuch zurückweisen, die Praxis wiederum zu verschärfen, und spreche sich darüber, auch gegen den Antrag Prokeš aus der aber natürlich trotzdem angenommen wurde. Es wird also wahrscheinlich damit zu rechnen sein, daß der glorieuse Initiativausschuß nunmehr öfters als Guillotine für unbenutzbare Anträge verwendet wird.



### Inland.

#### Die Armee darf kein unberührbares Heiligtum sein.

In der letzten Zeit ertönen auch in der tschechischen sozialdemokratischen Presse Stimmen, die nach einem Abbau der ungeheuren Militärausgaben rufen. Vor einiger Zeit sprach sich z. B. hierfür der Abg. Prokeš im „Pravda“ und „Casu“ aus. Unter dem Titel „Die Notwendigkeit der Republik“ schreibt nun die am rechten Flügel der tschechischen Sozialdemokratie stehende „Pravda“ unter anderem: „Nach dem Eisenbahnministerium hat die größten Ausgaben unserer Nationalverteidigungsministerien u. zw. insgesamt 2.777.137.132 Kronen. Auf unsere Verhältnisse und auf unsere finanzielle Notlage ist dies eine ungeheure Ziffer, die die Wirtschaft unseres Staates bedeutend belastet. Und wenn der Bedarf unserer Armee für uns eine Last ist, so ist auch der bedeutend hohe Stand der Armee ein Luxus. Nach dem Umsturz, als die Verhältnisse im ganzen Staat und besonders in den umliegenden Staaten sehr unsicher waren, als die Wellen des Kriegesiebers noch ziemlich hoch gingen, war es begründlich, daß der junge Staat, der um seine Existenz und Zukunft bangte, sich durch eine große Armee sicherte. Aber heute begreifen wir nicht, welche Gründe der Herabsetzung des Standes der Armee wehren. Bei der heutigen Art der Kriegsführung, bei den heutigen kriegstechnischen Mitteln ist es ein Unsin, daß im Bedarfsfalle eine Armee von 150.000 Soldaten, eine Republik, die eine so ungünstige Lage hat, verteidigen könnte. Und dann müssen wir uns fragen, wozu schließen wir Militärkonventionen mit den Staaten der Kleinen Entente. Was nützen uns diese? Wenn diese militärischen Konventionen, deren Aufgabe es ist, den Feind fürchten zu machen, von einer solchen großen Armee unterstützt werden sollen, dann nehmen sie stark an Wert und Bedeutung ab. Die Sozialdemokraten haben durch den Mund des Abg. Gen. Humelhan bereits voriges Jahr den Antrag auf Herabsetzung der Armee auf die Hälfte ihres Standes überreicht, aber alles blieb beim Alten. Unsere Patrioten, welche mit Hilfe der Banken und des Kapitals die Republik unbarbarisch ausbauen, fürchten jede Herabsetzung des Standes der Armee, weil angeblich die Republik geschwächt würde. Der Hauptgrund ihres Widerstandes gegen die Verminderung der Armee beruht aber darin, daß sie in der Armee die Stütze des kapitalistischen Systems sehen. Wenn an der Spitze unserer Armee wirtschaftliche Demokraten und Republikaner stünden, welche die Worte unseres Präsidenten, daß die demokratische Armee aufgestellt ist für die Defensiv- und nicht für die Offensiv-, im Gedächtnis hätten, wenn in unserer Armee nicht die von Österreich erzeugten Militaristen entscheiden würden, dann hätte man längst schon die Herabsetzung des Standes der Armee durchgeführt. Derselben doch selbst verständliche Offiziere und zwar die höheren, denen das Interesse der Republik am Herzen liegt, daß es möglich ist, den Stand der Armee unter gewissen Voraussetzungen und Reformen herabzusetzen und daß es möglich ist, den Militärdienst zu vereinfachen. Aber gerade diese Reformen fürchten die hohen Militärbürokraten, weil ihre Bürokratie nicht so sehr die Bedrohung der Armee sehen, sondern einen Angriff auf ihre Existenz. Bei uns darf die Armee kein unberührbares Heiligtum sein, wie in der alten Monarchie. Und wenn der Finanzminister Dr. Kasin es wagt, gegen die Arbeiterschaft und ihre gerechten Forderungen vorzugehen, so möge er sich mit gleicher Energie auch gegen die Protektion der Armee im Budget wenden. Hier wird die Energie des Finanzministers am Platze sein und die Republik wird aus ihr Nutzen ziehen. Unter den heutigen Umständen ist die Armee die Reliquie der Republik, die sich auf Kosten anderer nährt.“ Das Blatt spricht dann die Hoffnung aus, daß der Ministerpräsident Schejbal es für nötig fand vom „materiellen Aufbau der Wehrmacht“ zu reden.

Unsere Parteipresse über die Wehrobede. Die die deutsche Arbeiterschaft der wichtigsten Industrien über Schejbal Rede denkt, zeigt auch die Beurteilung seiner Kundgebung durch unsere Teplitzer und Karlsbader Vorkämpfer. Die „Freiheit“ schreibt u. a.: „Also eine Regierung der starken Hand will die Koalitionregierung Schejbal sein! Diese starke Hand... sie kann ja doch nur als jugendlich gedacht werden, wenn die Arbeiter durch das Herrn Schejbal Reden nicht mit der Wirtschaftskrise auszuföhren sind. Gegen Kapitalisten war noch nie die Hand einer bürgerlichen oder halbbürgerlichen Regierung wirklich hart.“ — Der „Volkswille“ sagt: „Herr Schejbal liebt die Zirkel nicht. Er sagt es ganz trocken, daß er ein Agrarier und Kapitalist überhaupt und daß seiner Regierung Marximus der Sohn der Reichen und die „Autorität“ gegenüber den Armen ist und werde. Der Mann ist offen, und Offenheit ist uns schon recht: Je klarer, desto besser!“

Die Äußerung des Abgeordneten Baeran. Die tschechischen Blätter verbreiteten gestern die Nachricht, daß Abg. Baeran ins Ausland geflohen sei. Die Nachricht erwies sich als unhaltbar, nachdem der Abg. Baeran an der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses teilgenommen hat. Ueber die Schuld des Abg. Baeran schreibt das Cefke Slovo:

## Die Vereinigte Sozialdemokratie zur Rettung der Mark.

### Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft — eine Ausbeutergemeinschaft.

Berlin, 26. Oktober (Eigenbericht). Die heutigen Besprechungen zwischen den Vertretern der Regierung und der großen Reichsparteien haben das eine mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß der Vereinigten Sozialdemokratie bereits ein scharfer Pflock der in der Arbeitsgemeinschaft zusammengefaßten bürgerlichen Parteien gegenübersteht. Nach Auffassung der Arbeitsgemeinschaft soll offenbar die Koalitionregierung nur noch die Aufgabe haben, eine Brücke zwischen den einander entgegengesetzten Meinungen zu bilden. Auf Verlangen der sozialdemokratischen Fraktion wurden vor Erörterung der Devisenverordnung erst die von der sozialdemokratischen Reichsfraktion aufgestellten wirtschaftspolitischen Forderungen besprochen. Genosse Hiltzberg legte dar, daß eine Verbesserung unserer wirtschaftspolitischen Lage nur dann eintreten könne, wenn mit der Stabilisierung der Mark der Ausgangspunkt und die Voraussetzung für eine Verbesserung unserer Handels- und Zahlungsbilanz geschaffen wird. Ohne die Stabilisierung der Mark läßt sich eine Steigerung der Produktion nicht erreichen. Die sozialdemokratischen Forderungen sollen nunmehr von einem Unteranschuß geprüft werden, der aus Vertretern aller Parteien gebildet wird. Reichswirtschaftsminister Genosse Schmidt betonte, daß die Devisenverordnung unter allen Umständen aufrechterhalten werden, wenn auch einige Unebenheiten beseitigt werden könnten, um dem Inverkehrhandel entgegenzukommen. Die Mark müsse vor dem gänzlichen Verfall bewahrt wer-

den, sonst drohe uns allen der Untergang. Im Innenvertrah müsse die fremde Devisen verschwinden. In der Ansprache stellte sich dann heraus, daß sich die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft bereits in mehreren Sitzungen mit diesen Fragen beschäftigt und Vor schläge vorbereitet hatte, die eine völlige Unterwählung der Devisenverordnung zur Folge haben müßten. Davon hatte nicht einmal die Regierung Kenntnis erhalten. Die Sozialdemokraten gaben schließlich eine Erklärung ab, daß sie wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen die Reichsstaatsfraktion zusammenberufen werden, um zu der jetzt geschaffenen Situation Stellung zu nehmen.

### Die Devisenverordnung bleibt.

Berlin, 26. Oktober (Eigenbericht). In dem von den Parteiführern eingesetzten Unteranschuß zur Beratung der vom Reichswirtschaftsminister vorgeschlagenen Abänderung der Devisenverordnung wurde in allen wesentlichen Punkten Übereinstimmung erzielt. Die Devisenverordnung bleibt aufrecht erhalten. Die in ihr vorgenommenen Änderungen werden wahrscheinlich noch im Laufe des Freitags bekanntgegeben werden. Im Laufe der Besprechungen erkannten die Vertreter der bürgerlichen Parteien an, daß weitere Maßnahmen notwendig sind und erklärten sich bereit, zur Besprechung dieser Maßnahmen bald wieder zusammenzutreten.

## Die Forderungen der englischen Arbeiterschaft.

London, 26. Oktober. (N. A.) Heute wird Bonar Law zum erstenmale als Ministerpräsident in seinem Wahlbezirk Glasgow sprechen. Die Grundidee dieser seiner ersten Ansprache an die Wähler wird, wie die „Times“ melden, die Ruhe, Stetigkeit und Selbstbeschränkung in der inneren und äußeren Staatspolitik bilden. Das Wahlprogramm der Arbeiterpartei, das (oben) angegeben wurde, verlangt eine Revision der Friedensverträge, des ... erlaubtes, der alle Staaten umfassen soll, und die Gründung eines Fonds zur Bezahlung der Kriegsschulden mittels einer progressiven Vermögenssteuer (von 5000 Pfund Vermögen

auswärts). Weiter eine Erhöhung der Erbschaftsteuer, Steuerbefreiung von Einkommen unter 500 Pfund, Arbeit für Arbeitslose oder Erhöhung der Arbeitslosen-Unterstützung, Rationalisierung der Gruben und Eisenbahnen und gleichzeitig ihre Kontrolle durch die Arbeiter, einen staatlichen Wohnungsplan, höhere Altersversorgung und Witwenpensionen. Der Aufruf schließt mit einer Erklärung, daß das Arbeiterprogramm der beste Schutz gegen den Massenaufruf ist und daß es weder Bolschewismus noch Kommunismus bedeutet, sondern gesunden Verstand und Gerechtigkeit.

Die Schuld des Abg. Baeran ist durch die Geschicklichkeiten aus der bekannten Spionageaffäre des Oberleutnants Novakovsky und des Juristen Schwabe erwiesen. Diese bekannten in der Untersuchungshaft ein, daß der intellektuelle Urheber ihrer Spionagetätigkeit der Abg. Dr. Baeran war, der sie aufforderte, ihm wichtige militärische Nachrichten zu verschaffen, und der zwischen ihnen und der magyarischen Gesandtschaft vermittelte. Der Abg. Dr. Baeran hat vor einiger Zeit in einer Zusammenkunft deutscher Studenten aufgefordert, ihm militärische Dokumente zu liefern, weil er sie für seine Parlamentsreden bedarf zum Beweise dafür, wie mit Steuergeldern umgegangen werde. Dieser Aufforderung Baerans sind besonders Kovalevsky und Schwabe gefolgt, welche Baeran mit verschiedenen, manchmal sehr wichtigen Akten versorgten, die die Mobilisierung betrafen, den Vornam der Armee, ihre Dislokation und ihren Stand. Zuerst lieferten sie diese Dokumente dem Abg. Baeran, aber später trugen sie sie direkt zur magyarischen Gesandtschaft nach Prag, wo sie im Namen Baerans abgaben. Baeran war bei der magyarischen Gesandtschaft wie zu Hause und entschlute selbst Schwabe, welcher wieder mit Kovalevsky im Verhältnis 1:3 teilte. Das alles bekamen die verheißten Spione ein, bewährten sich aber, den Akten einzulegen, sie wählten nicht, daß Dr. Baeran die Dokumente zu Spionagezwecken verwannte. Bei der Verhandlung im Immunitätsausschuß wurde an einen Ausspruch erinnert, den Baeran im Juni in einer Versammlung in Gabelung tat. Er erklärte, daß er über das Meer und die Mobilisierungsvorbereitungen gut informiert sei. Er erzählte, auf eine Anfrage des Ministers Venes und des Abg. Udrzal, woher er die zu haben: „Wir wissen alles. Wir sind ja in einer Republik, in der man sich alles beschaffen kann.“ Es bleibt abzuwarten, ob die von der tschechischen Presse verzeichneten Gerüchte tatsächlich auf Wahrheit beruhen. Da Baeran aber bekanntlich schon einmal, als die Situation für ihn anfangs günstig zu werden, über die Grenze ging, so ist auch diesmal nicht ausgeschlossen, daß er das Weite gesucht hat. Es würde dies übrigens sehr gut zu seinem redenshaften Charakter passen; einige Junglinge hat er zur Spionage verleitet und läßt nun für seine Schuld an der Sache büßen. Ganz so, wie er seine Reden im Parlament die Prager deutsche Minorität persiflieren ließ.

Die unwürdige Verhandlungsweise des Parlaments kommt nun auch der „N. A. Pol.“ zum Bewußtsein. Sie schreibt unter anderem: „In unserem Parlament hat sich der Typus der großen politischen Debatten schon eingelebt. Die politischen Debatten ähneln einander wie ein Ei dem anderen, so daß ihr innerer Eindruck durch die

arbeit zu dieser internationalen Vereinigung schaffen müssen. Also Spaltung um der Vereinigung willen! Trotzdem Kreibich nur zehn Minuten reden sollte, ließ man ihn eine Viertelstunde sprechen. Darauf stellten unsere Genossen den Antrag, ihn noch zehn Minuten reden zu lassen, aber unter der Bedingung, daß er auch unsere Antwort abwartet. Unter dem Vorwande, er müsse zum Zug zu einer Versammlung nach Schafar (der Zug ging erst in dreiviertel Stunden) lehnte er diese ab, worauf ihm das Wort entzogen wurde. Der Vorsitzende ersuchte zwei Genossen, Kreibich unter ihrem Schutze aus dem Saale zu geleiten, sonst hätte er für seine Debatte noch allerhand unangenehme Erfahrungen machen können. Das Häuflein Kommunisten folgte seinem General nach. In der Diskussion sprach noch der Genosse Bergarbeitersekretär Hase, worauf eine Resolution einstimmig Annahme fand, in der die Politik unserer Partei gebilligt wird. Herr Kreibich wird jedenfalls die Lust vergehen, Trautenau mit seinem Besuche zu bereichern. Trautenau hat ihm gezeigt, daß es auf diese „Chre“ gern verzichtet.

Dr. Urbensky saliggestellt. Wie die „N. A. Pol.“ meldet, hat der gewesene Gesundheitsminister Abgeordneter Dr. Urbensky seine Mitgliedschaft in den Ausschüssen des Parlamentes niedergelegt, weil er nicht zum Vorsitzenden des Klubs der tschechischen nationalsozialistischen Abgeordneten gewählt wurde. Bei der Wahl des Vorsitzenden hätte angeblich der Abgeordnete Slavicek 13 Stimmen, Dr. Urbensky bloß 8 Stimmen erhalten. — Das bedeutet eine Niederlage des sogenannten linken Flügels der tschechischen nationalsozialistischen Partei.

Ein unerhörtes Dokument. Unter diesem Titel veröffentlicht das „N. A. Pol.“ eine Regierungsverordnung, die angeblich für den Fall eines Generalstreiks der Bergarbeiter in Vorbereitung war. Das Dokument enthält militärisch-polizeiliche Vorkehrungen für den Streikfall. Sämtliche Telefongespräche und Telegramme sollen von den Leitern sorgfältig überwacht werden. Im Falle von Unruhen ist der Telefonverkehr für Private einzufrieren. Die Finanzlandesdirektion wird angewiesen, die gesamten Zoll-, Paf-, Finanz- und Grenzschutz der Gendarmen zur Verfügung zu stellen. In das Strau-Marwiner Revier sollen 2000 Fußsoldaten, 100 Berittene und 20 Armeechauffeure sowie die erforderliche Anzahl Offiziere gesendet werden. — Wenn das Dokument echt ist, so zeigt dies neuerlich das arbeiterfeindliche Gesicht der tschechischen Koalitionregierung.

### Ausland.

#### Die endgültigen Wahlergebnisse in Lettland.

##### Großer Erfolg der Sozialdemokraten.

Die Wahlen ins lettlandische Parlament ergeben, nun die endgültigen Ergebnisse vorliegen, ein weit günstigeres Bild, als es nach den ersten, auch von uns berichteten Teilergebnissen zu erwarten war, die Sozialdemokraten haben auf der ganzen Linie große Siege errungen. In den letzten Tagen sind die Wahlen zum ersten Parlament, die nach der zweijährigen Existenz der konstituierenden Versammlung jetzt stattgefunden haben, nach einem außerordentlich leidenschaftlich geführten Wahlkampf unter lebhaftester Beteiligung der gesamten Bevölkerung abgeschlossen worden. Von den insgesamt 100 Abgeordneten ist bereits die Parteizugehörigkeit von 97 bekannt; die noch ausstehenden 3 Sitze, auf die die Reststimmen entfallen, werden an der Zusammenkunft des Parlamentes fast nichts ändern. Das Gesamtergebnis ist, daß die reaktionären Parteien, trotz eines ungeheuren Aufwandes an Mitteln, eine vollständige Niederlage erlitten haben. Auch die in politischer Hinsicht reaktionären nationalen Widerparteien haben bei den Wahlen schlecht abgeschnitten. Von den bisherigen Koalitionsparteien, die die Regierung in Händen hatten, sind einige vollständig aufgerieben, so daß die bisherige Regierungskoalition aussichtslos geworden ist. Erhalten hat sich von ihnen lediglich der Bauernbund, für den wohl auch ein Teil der neuen Ansiedler gestimmt hat, denen auf Grund des Agrargesetzes der Konstituante Parzellen bis zu 22 Hektar aus dem früheren Großgrundbesitz zugewiesen worden sind. Den größten Erfolg bei den Wahlen hat die Sozialdemokratische Arbeiterpartei davongetragen. Bei den Wahlen zur Konstituante eroberte sie von insgesamt 152 Sitzen 58. Inzwischen trat aber eine Spaltung der Partei ein; eine rechtsstehende Gruppe sonderte sich ab und trat in die Koalitionsregierung ein, und in der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion verblieben nur 35 Abgeordnete. Jetzt hat die Partei von insgesamt 100 Sitzen 32 bis 33 erobert, während die rechtssozialistische Gruppe es lediglich auf 6 bis 7 Mandate gebracht hatte.

Das augenmerkliche Ergebnis der Wahlen bedeutet einen erfreulichen Fortschritt der sozialistischen Arbeiterbewegung in einem der wichtigsten ehemals russischen Mandatstaaten. Trotz der außerordentlichen Angst der Verhältnisse hat die lettlandische Sozialdemokratie erneut ihre Stärke und Festigkeit erwiesen. Sie hat nicht nur ihre alten Positionen behauptet und die von den kommunistischen Illusionen geheilten Arbeiterschichten um sich gesammelt, sie hat auch der großbürgerlich-agrarischen Reaktion, die alle kleinrentlichen und nationalistischen Instinkte aufspießte, einen empfindlichen Schlag versetzt. Die natürliche Folge des Wahlausganges muß eine Neubildung der Regierung sein. Wie diese ausfallen wird, steht noch dahin. Jedenfalls muß mit einer starken Linksabweitung des Regierungskurses in Lettland gerechnet werden.

Länge der reduzierenden Ausführungen leidet. Wenn nicht die Praxis eingegriffen wäre, die physischen Kräfte der Abgeordneten und Zuhörer durch bis zur Unmöglichkeit in die Länge gedehnte Sitzungen auszumühen, würde das Abgeordnetenhaus anders arbeiten und auch der Eindruck des Rednerturniers wäre ein anderer. Vor falscheren, am Ende der Sitzung schon völlig geleerten Bänken, wird eine Rede und wäre sie noch so ehrlich gemeint, schwer vorgetragen: Die Polemik mit der Ansicht des Gegners ist zwecklos, denn diejenigen, denen sie bestimmt ist, hören sie nicht an. Werden wir die Beseitigung dieser schädlichen und schwer begreiflichen parlamentarischen Spezialität erleben? Wird das Parlamentspräsidentium, das so viel deutsche Stimmen, die nach einer Verbesserung in dieser Hinsicht riefen, überhärtet und die tschechischen Stimmen hören?

Kreibichs „Massenversammlung“ in Trautenau. Die Kommunisten hatten in Trautenau eine Massenversammlung einberufen, in der Abgeordneter Kreibich über die Wirtschaftskrise sprechen sollte. Abgeordneter Kreibich kam und auch die Massen kamen, aber nicht die kommunistischen, sondern die sozialdemokratischen. Die Kommunisten brachten trotz größter agitation nur zwanzig Vertreter auf, während die Zahl unserer Genossen 100 bis 500 betrug. Mit ungeheurer Majorität wurde denn auch ein sozialdemokratisches Präsidium gewählt. Kreibich war natürlich unangenehm überrascht und wollte in Anbetracht der für ihn „heißten“ Situation ausweichen. Unsere Genossen machten ihm aber einen Strich durch die Rechnung und erklärten ihm, er müsse bleiben und in der Diskussion antworten. Die Anwesenden waren über das Vorgehen der Kommunisten in den Verhandlungen in Trautenau und Arnau, wo man unsere Genossen ebenfalls nur je zehn bis zwanzig Minuten reden lassen, sowie über die Ausweisererei Kreibichs so empört, daß sich dies leider auch in etwas drastischer Form ausdrückte. Es gelang unsere Genossen erst zu beruhigen, als Kreibich, der längere Zeit auf seiner Ausweisererei bestand, erklärte, er werde bleiben. Sodann sprach Genosse Böling, der die kommunistische Politik in treffender Weise charakterisierte. Er stellte an Kreibich besonders die Frage, wie er die Daseinsberechtigung der kommunistischen Partei unter der deutschen Arbeiterschaft beweisen wolle. Kreibich verfuhr die Ausführungen Bölingas zu entkräften, es blieb aber nur beim Versuchen. Die Begründung, die er für die Spaltung gab, war geradezu klassisch. Die deutschen Kommunisten hätten gewünscht, daß eine Befreiung des Proletariates in diesem Staate nur bei seiner internationalen Vereinigung möglich sei. Diese internationale Vereinigung könnten aber die sozialdemokratischen Parteien nicht durchführen und deswegen habe man die gemeinsame kommunistische Partei als Vor-



# Verbandstag der Bauarbeiter.

(Schluß.)

Der vierte Verbandstag begann mit dem zweiten Absatz des 4. Punktes der Tagesordnung „Abänderung des Regulativs“. Die Hauptkommission hatte sich bis tief in die Nacht mit diesem Gegenstande beschäftigt. Ihre Anträge wurden sämtlich angenommen. Unter den wichtigsten Punkten des abgeänderten Regulativs befindet sich eine Bestimmung, wonach die derzeit in den Ortsgruppen bestehende Beitragsleistung (Beitragshöhe) einschließlich der bestehenden Sozialversicherungsbeiträge bis zum 31. Dezember 1923 aufrecht bleiben. Treten innerhalb dieser Zeit außerordentliche Verhältnisse ein, so kann nach vor Ablauf dieser Zeit eine neue Festsetzung der Beiträge sowie des Unterstützungswoesens erfolgen. Eine Konferenz von Ortsgruppenvertretern hat darüber zu entscheiden.

Der nächste Punkt der Tagesordnung war die „Sozialisierung“. Abgeordneter Hausmann erstattete ein eingehendes Referat über die bisherigen Versuche von Gewerkschaftsbetrieben, welche leider als mißglückt betrachtet werden können. Redner führt unter den Gründen unter anderem mangelnde Unterstützung seitens anderer Gewerkschaften, usw. an, hofft jedoch, daß der Mißerfolg nicht entmutigen wird. Die zu diesem Punkte gestellte Resolution wurde angenommen. Sie lautet:

Der zweite Verbandstag erachtet die Ueberführung des Baugewerbes, der Baustoffindustrie und des Baustoffhandels in gemeinwirtschaftliche Betriebe nicht bloß für möglich, sondern auch für dringend notwendig. Der Verbandstag erwartet von den im deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Gewerkschaften, daß sie den ersten Versuch des deutschen Bauarbeiterverbandes, die gemeinwirtschaftliche Betriebsführung in die Wege zu leiten, bestmöglichst unterstützen.

Die praktische Unterstützung der Gewerkschaften erblickt der deutsche Bauarbeiterverband darin, daß alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, soweit die Möglichkeit geboten ist, in allen öffentlichen Körperschaften, sowie auch bei Vergabung von privaten Bauarbeiten, dafür eintreten, daß wegen Uebernahme und Durchführung dieser Arbeiten mit der gemeinnützigen Bauunternehmung in Verbindung getreten wird.

Inbesondere ist dahin zu streben, daß in Gemeinden und in Unternehmungen, die von der Arbeiterchaft geschaffen wurden und geleitet werden, bei Gewerkschaften, Genossenschaften, bei Vergabung von Bauarbeiten der private Baubetrieb vollständig ausgeschaltet wird.

Der Verbandstag fordert von Staat, Bezirken und Gemeinden, durch alle zweckmäßigen Mittel die Einführung der Gemeinwirtschaft und aller darauf gerichteten Bestrebungen tatkräftig zu unterstützen.

Als erste Maßnahme kommt in Betracht: Die Herstellung von Kleinwohnungen und öffentlichen Bauten durch Staat, Bezirk und Gemeinden, sowie gemeinnützige Baugenossenschaften, entweder in eigener Regie oder soziale Baubetriebe. Die wichtigste Sicherung des notwendigen Baugeländes durch Enteignung ist hierzu die Voraussetzung.

Sodann würden die Wahlen vorgenommen. In den engeren Vorstand sind gewählt:

Eduard Hausmann, Franz Hanisch, Adolf Klauka, Benzel Waberisch, Karl Zantisch, Johann Kourad, Benzel Adamey, Benzel Dreuer; alle aus Reichenberg.

Nach Erledigung des siebenten Punktes der Tagesordnung „Zünftige und freie Anträge“ wurde der Verbandstag nach einer Schlußansprache des Abgeordneten Hausmann geschlossen.

## Telegramme.

### Bergarbeiter-Lohnlämpfe.

#### Löhnerhöhungen im Ruhrgebiet.

Berlin, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen über die Neuregelung der Löhne für die Ruhr-Bergleute haben zu einem Schiedsspruch geführt. Ab 1. November werden die Löhne der Bergarbeiter über 20 Jahre um 50 Prozent, über 18 Jahre um 40 Prozent und unter 18 Jahre um 30 Prozent erhöht. Dazu soll eine Prämie von einer Mark für jedes Jahr Kohle gezahlt werden, das im November im Vergleich zur Septemberförderung mehr gefördert wird. Bei den Bergarbeitern bestand bisher keine große Neigung zur Annahme eines solchen Prämien Systems. Man wird abwarten müssen, wie die Revierratskonferenz sich zu dieser Neuerung stellt. Freitag wird sich der Reichskohlenrat mit der neuen Kohlenpreiserhöhung beschäftigen.

#### Streitgespräch im Dombrover Kohlenrevier.

Warschau, 26. Oktober. Im Dombrover und Krakauer Kohlenrevier ist von den Gewerkschaftsverbänden der Bergleute der Kollektivvertrag mit 1. November gekündigt worden. Die Bergarbeiter dieses Reviers stellen neue Forderungen auf, und zwar Erhöhung der Löhne um 80-95 Prozent und Kontrolle der Arbeitsarbeit. Die Grubenbesitzer haben diesen Forderungen gegenüber einen ablehnenden Standpunkt eingenommen. Aus diesen Gründen droht im Dombrover und Krakauer Kohlenreviere der Ausbruch eines Bergarbeiterstreikes.

#### Der Abwehrkampf der Motzkarbeiter.

Prag, 26. Oktober. Von der Schlichtungskommission der Metallarbeiter wird mitgeteilt: Heute nachmittags begannen die Hochzentralen der Arbeiter und Arbeitgeber die Verhandlungen im Lohnkonflikt der Metallindustrie. Die Unterlage

der Beratung bildeten die Vorschläge, welche bei der letzten erfolglosen Verhandlung vorgelegt wurden. Nach längeren Erörterungen änderten die Vertreter des Zentralverbandes der tschl. Industriellen den ursprünglichen Arbeitgeberantrag ab: die Arbeiterzentralen schlugen nach Genehmigung durch den Ausgleichsausschuß der Vertrauensleute eine Lösung vor, welche im Prinzip dem tschl. früheren Standpunkte entspricht. Die Verhandlung dauert um 11 Uhr nachts noch an. Das Bestreben, im Konflikt eine Einigung zu erzielen, ist sehr lebhaft.

Morgen, Freitag um 17 Uhr, findet die Plenarversammlung der Vertrauensleute statt, in welcher über die Ergebnisse der Verhandlungen Bericht erstattet werden wird.

### Der Lohnkampf in der ostschlesischen Textilindustrie.

Friedel, 26. Oktober. Im Auftrage der politischen Landesverwaltung für Schlesien wurden heute die Verhandlungen im Konflikt der Arbeiterchaft mit den Textilindustriellen wieder aufgenommen. In den Beratungen nahmen die Vertreter der politischen Landesverwaltung, der politischen Bezirksverwaltung und des Gewerbeinspektors teil. Die Industriellen verharren auf ihren Forderungen, daß der Abbau der Löhne 30 Prozent, und zwar im Oktober 20 Prozent, im November 5 Prozent und im Dezember 5 Prozent betragen soll. Demgegenüber erklärten die Arbeiterorganisationen als äußerste Konzession, daß sie sich mit einer Herabsetzung der Löhne um 10 Prozent im Oktober, und um weitere 5 Prozent im November einverstanden erklären würden. Auf eine weitere Herabsetzung könnten sie aber nicht eingehen. Da beide Standpunkte ultimativ waren, führten die Beratungen zu keinem positiven Ergebnis. Die Arbeitgeber betonten, daß sie in der letzten Zeit ihre Absatzgebiete in Ungarn verloren haben und daß sie wegen Mangel an Bestellungen gezwungen sein werden, die Arbeit in den Fabriken einzustellen. Der gestrige Demonstrationstreik der Textilarbeiterchaft war von einigen Zwischenfällen begleitet, hat aber am heutigen Tage keine Fortsetzung gefunden.

### Die Auflösung des englischen Parlaments.

Paris, 26. Oktober (Havas). Laut Londoner Berichten hat der englische König das Dekret über die Auflösung des Parlamentes unterzeichnet.

### Englands zukünftige Politik.

London, 26. Oktober. (Reuter.) Bonar Law erließ eine Kundmachung, worin er bezüglich der Außenpolitik Großbritannien unter anderem jagt: Die Regierung beabsichtigt, den geraden Weg zu verfolgen und loyal zu erweisen, wozu sie verpflichtet ist. Sie ist jedoch entschlossen, die Verantwortlichkeiten nicht zu erweitern und, falls es möglich wäre sie einzuzwängen. Die Regierung wünscht aus vollem Herzen, den Völkern und praktisch zu unterstützen, und hofft, daß die Beratungen bezüglich der Fragen des Nahen Ostens von Erfolg begleitet sein und zu einer wirklich dauerhaften Besserung führen werden. Man müsse sich stets und vollständig zum regelmäßigen Vorkriegsregime zurückkehren. Bonar Law kündigte die Aufhebung des Kabinettssekretariats in seiner gegenwärtigen Form an, sobald die den Völkern und die internationalen Konferenzen betreffenden Fragen dem Auswärtigen Amt zugewiesen werden. In dem Manifest heißt es weiter, daß die Erhaltung des guten Einverständnisses zu den Vereinigten Staaten die Hauptlinie der britischen Politik bleiben müsse. Eine der ersten Aufgaben der neuen Regierung wird die Ratifizierung des irischen Vertrages sein und die Regierung will mit Irland im Rahmen der neuen, durch den Vertrag geschaffenen Verhältnisse zusammenarbeiten. Ebenso wünscht die Regierung die ruhige Entwicklung in Indien im Sinne der Verfassung, die Indien im Jahre 1919 gewährt wurde, zu unterstützen. Bezüglich der inneren Politik wird erklärt, daß die neue Regierung sich vor allem mit Haus- und Wirtschaftsfragen beschäftigen und die von der vorangegangenen Regierung übernommenen Projekte prüfen und verwirklichen will.

### Gegen das Schandurteil im Prozesse Teichenbach.

Berlin, 26. Oktober. Die Berliner Presse ferenz hat heute zur Urteilsbegründung im Prozeß Teichenbach gegen 10 Stimmen einen Beschluß gefaßt, die Pressekonferenz erwarde vom Reichsjustizminister schleunigst eine Erklärung der Rechtslage und Maßnahmen zur Sicherung der von neuem bedrohten Pressefreiheit.

### Die Flotten „Abrüstung“.

London, 26. Oktober. (Wolff). Staatssekretär Hughes erklärte, es sei für die Vereinigten Staaten unerlässlich, verhältnismäßig starke Flottenstreitkräfte zu unterhalten. Dies sei die Grundlage, auf welcher das Land bei künftigen Kriegen und Abmachungen über Rüstungseinschränkungen fußen würde.

### Annahme der irischen Verfassung.

London, 25. Oktober. Die Reuter aus Dublin meldet, hat das irische Parlament die neue irische Verfassung angenommen, die in Kürze dem britischen Parlamente zur Ratifizierung vorgelegt werden wird.

## Unsere Samstagnummer

liegt 3 Tage auf

da infolge des Staatsfeiertages Sonntag keine Zeitung erscheint.

## Tages-Neuigkeiten

Ein Notschrei aus Karpathorussland: 150.000 Menschen stehen vor dem Verhungern! Die Ungunst des Wetters im heurigen Jahre hat auf den rauhen Höhen von Karpathorussland die Feldfrüchte nicht reifen lassen. Die geringen Vorräte, die der Bevölkerung von der letzten Ernte übrig geblieben waren, sind schon längst verzehrt, so daß in den meisten Hütten der Huzulen und der übrigen Bewohner dieses armen Gebirgslandes bereits das Hungerspeist an die Türen pocht. So hungern nach einer Meldung der tschechischen Blätter im Gebiete der Beskubina 150.000 Menschen, unter denen Epidemien wüten; die Kinder dieses Gebietes gehen scharenweise zugrunde und es besteht die größte Gefahr, daß die ganze Bevölkerung des angeführten Gebietes verhungern muß, wenn hier nicht schleunigst Abhilfe geschaffen wird. Die Hungersnot in dem „autonomen“ Gebiete der Tschechoslowakei sollte der Regierung ins Gedächtnis rufen, daß heute nicht Zeit dazu ist, durch langatmige, nichtsagende Erklärungen die Bevölkerung einschläfern zu wollen, sondern daß die allgemeine Not der wertigsten Bevölkerung dieses Staates durchgreifende Maßnahmen fordert.

Deutschmonarchistische „Heldentaten“ in Argentinien. Das deutsch-republikanische Organ für die La Plata-Staaten, die „Neue Deutsche Zeitung“ berichtet über folgendes Schandstück Schwarz-weiß-roter Monarchisten-Kümmel, das sich am 3. September in Buenos Aires trug. Auf dem dortigen Friedhof war ein Denkmal für die im Weltkrieg gefallenen Deutsch-Argentinier enthüllt worden. Der Vertreter der deutschen Republik, der Gesandte Dr. Pauli, wollte einen Kranz mit einer schwarz-rot-goldenen Schleife am Denkmal niederlegen lassen. So weit kam es aber nicht. Der Bote, der den Kranz bracht, wurde am Eingang zum Friedhof von einem deutsch-nationalen „Heldentat“, dem Führer der Hohenzollernbater in Buenos Aires, überfallen, der Kranz wurde ihm entrissen, zu Boden geworfen und die Schleife zertreten. Das monarchistische Gesindel unter den La Plata-Deutschen hatte sich zu dieser Schurken-tat verabredet und schützte den Täter. Die Empörung darüber kommt nicht nur in dem Organ der deutschen Republikaner in schärfster Weise zum Ausdruck, sondern, wie man sich denken kann, auch in der argentinischen Presse — mit Ausnahme natürlich der Monarchisten-Plata-Zeitung, die drüben den Geist der Wull, Gräse, Dergt usw. vertritt. Es ist eine Schande für das deutsche Volk, sich so noch im Ausland von ausgewanderten Monarchistenbänden verunglimpfen lassen zu müssen. Denn logischerweise heißt es nun auch drüben, daß nur bei Deutschen eine so beispiellose Rohheit auf einem Friedhof möglich sei. Das deutsch-nationale Gesindel bleibt sich aber immer gleich. Wie dies Gesindel unter der alldutschen Firma unser Ansehen in der ganzen Welt geschädigt hat, so fährt es jetzt nach dem Kriege, den diese Mulkrieger ebensowenig in der Nähe kennen gelernt haben, wie die Heimkrieger in Deutschland, fort. Es gibt, wie die „Neue Deutsche Zeitung“ in Buenos Aires schreibt, kein Wort, um diese Ripel gebührend zu brandmarken. Sie sollten sich Hohenzollern-Hottentotten oder sonst wie nennen, nur nicht Deutsch.

Lebensgefährliche Mithwirtschaft auf den rumänischen Bahnen. Seit der Uebernahme der rumänischen Bahnen durch das großrumänische Bahnaministerium ist das Reisen in Rumänien gefährlich geworden. Denn durch die vollständige Unfähigkeit der neuen Bahnverwaltung, in den durch den Krieg in Unordnung geratenen Verwaltungsapparat wieder Ordnung hineinzubringen, hat das Chaos bereits solche Dimensionen angenommen, daß Unfälle, Zusammenstöße und Einstürze von Eisenbahnbrücken bereits zur Tagesordnung der Verkehrsberichte gehören. Die Eisenbahner wurden zwar militarisirt, die Eisenbahnen jedoch nicht in Ordnung gebracht. Das Signalwesen funktioniert nicht, Beschädigungen werden nicht wieder hergestellt. So konnte es passieren, daß am Samstag der Wiener Expreszug vor der Station Neresti in einen Lastzug hineinfuhr; denn der Lastzug hatte kein Licht und das Signal stand auf: Bahn frei! Sieben Waggons des Lastzuges wurden zertrümmert. Verletzt wurde glücklicherweise niemand. — In der Nacht von Sonntag auf Montag stieß in der Station Abud eine Maschine auf den Czernowitzer Schnellzug. Außer einem größeren Materialschaden sind fünf Tote, neun Schwerverwundete und eine größere Anzahl Leichtverletzte als Opfer zu verzeichnen. — Auf der Strecke Bukarest-Konstanza ereignete sich am Dienstag abermals ein großes Unglück. Da der Schnellzug infolge der Krönung überfüllt war, wurden zwei Züge gebildet, die knapp hintereinander fuhren. Die erste Garnitur mußte aber vor der Station Musatlar stehen bleiben, da die Lokomotive verlagte. Die zweite Garnitur, die von der letzten Station abgelassen wurde, bevor die erste Musatlar passiert hatte, stieß mit voller Wucht auf den stehenden Zug, so

daß dieser vollständig zertrümmert wurde. Unter den Trümmern wurden bisher 15 Tote und 50 Schwerverletzte herausgehoben.

Kinderlähmungsepidemie in Thüringen. Bei aus Halle gemeldet wird, tritt in Thüringen eine gefährliche Kinderlähmungsepidemie epidemisch auf. Die Kinder werden teilweise am ganzen Körper, teilweise an den Beinen gelähmt. Aus Eisenach werden zwölf Fälle gemeldet. In Salzungen tritt die Krankheit stark auf, daß eine Schule geschlossen worden ist.

Angriff auf die Enquete-Kommission in Passau. Wie der Sozialdemokratische Parteivorstand aus Passau meldet, kam es dort bei der Besichtigung der Reichswehrkaserne durch eine Enquete-Kommission zu großen Menschenansammlungen. Als die Kommission abfuhr, wurde das Auto mit Steinen und Schaufeln beworfen, wobei die Fahrer des Autos zertrümmert wurden.

Absturz eines französischen Militärflugzeuges. Ein Flugzeug, das mit zehn anderen von Dijon zur Besatzungsarmee am Rheine unternommen war, ist in der Gegend von Neuchâtel (Belgien) abgestürzt. Ein Passagier blieb unverletzt, ein Unteroffizier wurde am Kopfe schwer verletzt, das Flugzeug wurde vollständig zerstört.

Tödliche Unfallfälle. In Moeden ereignete sich am Montag früh ein Explosionsunfall, dem ein Arbeiter zum Opfer fiel. Während ein anderer schwer verletzt wurde. Beim Eingang des Tunnels für das Elektrizitätswerk waren nämlich die Arbeiter Albin Köhler und Karl Spat damit beschäftigt, ein Sprengloch zu bohren. Der Bohrer stieß dabei auf eine alte Sprengladung, die explodierte. Köhler wurde das Gesicht zertrifft und die Schädeldecke zertrümmert, so daß er auf der Stelle tot war. Drei erlitten schwere Verletzungen an den Oberschenkeln. Die Ursache des Unfalles ist bisher nicht aufgeklärt, da die Arbeiter versichern, daß an der Unfallstelle von früheren Sprengungen keine Sprengladungen zurückgeblieben sind. — Sonntag abend stürzte in Spork bei Komotau der 18jährige Ernst Prager von einer Luftschaukel ab und blieb bewußtlos liegen; er starb bald darauf. — Der in Oberleutensdorf beschäftigte Tischlergehilfe Albin Zimmermann war in der Mühle des Hugo Schneider im Rauschenrundtal mit Reparaturen beschäftigt. Als am Sonntag vormittag der Besitzer der Mühle aus Oberleutensdorf heimkehrte, fand er Zimmermann in der Radlammer unter das Mühlrad gepreßt bereits tot auf. Zimmermann hatte alle Rippen gebrochen und schwere innere Verletzungen. Es ist bisher völlig unauflösbar, wie sich das Unglück ereignen konnte. — Von einem Wespenschwarm wurde in Groß-Fiser der Waldarbeiter Gustav Schmidt überfallen. Schmidt war damit beschäftigt gewesen, einen Baum zu fällen und hat dabei ein im Stamme befindliches Wespennest zerstört. Der Unglückliche verlor das Bewußtsein und starb kurze Zeit darauf.

Unmenschliche Vergewaltigung eines jungen Mädchens. Im Mährisch-Osttrauer Raschschuch „International“ reichte am Sonntag eine Gesellschaft von sieben Burschen in vollständig runkenem Zustande das Kaffeehaus und überfielen auf der Straße ein junges Mädchen, das sie zur neuen Schießstätte schleppten, wo sie es vergewaltigten. Hierauf rufen sie das Mädchen zu den Halben des Franzensbacher, wo sie ihm noch einmal Gewalt antaten. Die Unglückliche lief zur Gendarmerie und erstattete die Anzeige. Vier von den Wüßlingen wurden noch in der gleichen Nacht verhaftet, nach den übrigen wird eifrig gefahndet.

Mordversuch und Selbstmord. Aus Tümmich bei Kuffing wird uns gemeldet: Gestern nachmittags wurde der bei der Firma Lufsch u. Co. als Betriebsleiter angestellte und in Tümmich wohnhafte Franz Friedrich von dem gewissen Nachtwächter der Fabrik Franz Penosil angeschossen. Penosil war in dem Unternehmen früher als Nachtwächter angestellt gewesen und wurde in der letzten Zeit entlassen. Von den vier Schüssen, die der Täter abfeuerte, drangen drei Friedrich in den Bauch und verletzten ihn schwer. Er wurde sofort zur Operation ins kuffinger Krankenhaus gebracht. Nach der Tat wollte Penosil auch den Direktor erschließen, doch als die Kanzlei verschlossen war, und ihm selbst der Ausweg aus dem Hofe versperrt wurde, entließ er sich durch einen Schuß in die Schläfe. Nach unseren Informationen handelt es sich hier jedenfalls um einen Rachakt. Diese Tat ist als ein trauriges Symptom der gegenwärtigen Notlage zu betrachten.

Freigeisprochen und wieder verhaftet. Der am Montag, den 23. d. M. vom Wilsener Schwurgerichte freigeisprochene 25jährige Dachdecker Em. Ulrich aus Mlawow, der angeklagt war, den Deger Peter Malch ermordet zu haben, ist neuerlich verhaftet worden, weil die Gendarmerie neue Beweise gegen ihn feststellen hat.

Der Mädchenmord in Polna. Die Staatsanwaltschaft hat die Exhumierung des ermordeten Mädchens Marie Pylitz angeordnet. Diese wurde am 24. d. am Friedhof in Deutsch-Schützenhof vorgenommen. Gleichzeitig wurde die Schwester des wiederverhafteten Eigel, die am 6. Juli d. J. gestorben ist, exhumiert. Wie verlautet, wird das Ergebnis dieser Exhumierung einen wichtigen Beweis für oder gegen die Schuld Eigel bilden.

Ein 73jähriger Mörder. Bei Lebed wurde am 19. d. die 67 Jahre alte Ausgebirgerin Marie Solla ermordet. Der Mörder hatte sein Opfer so zu Boden gedrückt, daß sie erstickte. Dann brach ihr der Mörder das Genick und die Rippen. Als Mörder wurde ihr eigener, 73 Jahre alter Mann Benzel ernannt, der seine Frau wegen familiärer Zwistigkeiten getötet hat.



# Gerichtssaal.

## Die verräterische Banknote.

Prag, 26. Oktober. Mit einem interessanten Verurteilungsfalle beschäftigte sich ein Senat des hiesigen Strafgerichtes unter Vorsitz des D. L. G. R. S. L. o. u. z e l. Dem Agenten Emil Bondy aus Prag VII. legte die Anklage zur Last, im Sommer des Jahres 1919 einem Kaufmann aus der Bulowina in betrügerischer Weise einen Betrag von fast 20.000 K entlockt zu haben. Der Kaufmann hatte sich an Bondy mit dem Ersuchen gewendet, ihm ein größeres Quantum Bündelhölzchen zu verkaufen, und hatte ihm zu diesem Behufe den genannten Betrag als Anzahlung geleistet. Als Bondy trotz mehrfacher Umlagen weder die Bündelhölzchen lieferte noch auch die Angabe zurückstellte, forderte ihn der Kaufmann auf, mit ihm behufs Erledigung der Angelegenheit auf die Polizeidirektion zu gehen, wozu sich Bondy bereit erklärte. Als nun beide das Amtszimmer des Sicherheitsdepartements betraten, trat Bondy rasch vor und erzählte dem diensthabenden Beamten in tschechischer Sprache, die der Kaufmann nicht verstand, dieser habe ihn zum Verkaufe von Goldmünzen verleiten wollen, was anzudeuten er als seine patriotische Pflicht betrachte. Ehe noch der fremde Kaufmann recht wusste, um was es sich handle, war er hinter Schloß und Riegel, während der Patriot Bondy triumphierend das Gebäude der Polizeidirektion verließ. Da aber der Kaufmann nicht aufhörte, seine Unschuld zu beteuern und den wahren Sachverhalt zu schildern und u. a. auch ein Verzeichnis der Nummern jener Banknoten vorlegte, die er, ehe er sie Bondy einhändigte, in einer Bank erhoben hatte, leitete der Oberinspektor B u b n i l in unauffälliger Weise Erhebungen, insbesondere über das Vorleben Bondys ein, welche das überraschende Ergebnis hatten, daß Bondy eine der Notizen, die der Kaufmann nach seinen Aufzeichnungen in der Bank erhalten und jenem als Anzahlung auf die Bündelhölzchen ausgefolgt und deren Nummer er sich notiert hatte, kurze Zeit darauf in einem Prager Kaffeehause, in dem er, wie erhoben wurde, als Stammgast verkehrte, beim Oberkellner einwechselte. Selbstverständlich hatte diese Feststellung die für Bondy unangenehme Folge, daß er sofort an Stelle des Kaufmannes, der enthaftet wurde, in Haft blieb und jetzt wegen Betruges in Anklagestand versetzt wurde. Bondy, der übrigens wegen Betruges und Diebstahls verurteilt ist, stellte bei der heutigen Hauptverhandlung trotz des Nachweises des Banknotenwechsels seine Schuld in Abrede und versuchte wieder dem Gerichtshofe glaubhaft zu machen, er selbst hätte den fremden Kaufmann aus dem Grunde der Polizei vorgeführt, da er ihn zum Verkaufe der Goldmünzen verleiten wollte. Die Verhandlung mußte vertagt werden, da es nicht gelungen war, den Kaufmann und andere Zeugen ausfindig zu machen und einzuvernehmen.

## Ein betrügerischer Statthaltersekretär.

(Schwurgericht Eger.)

In Eger begann vorgestern vor dem Schwurgerichte die Verhandlung gegen den ehemaligen Statthaltersekretär der politischen Bezirksverwaltung in Elbogen Julius E r t m a n n, der sich wegen Betruges, Amtsveruntreuung, Mißbrauches der Amtsgewalt und Uebertretung des Sarspielverbotes zu verantworten hat. Ertmann hatte bereits im Jahre 1919 beim Baccaraspiele in Karlsbad rund 50.000 K verloren, seither aber seine Tätigkeit im Jahre 1921 in Karlsbad und Marienbad fort und verlor einen weiteren Betrag von 400.000 K. In der Hoffnung, seine Verluste wieder hereinzubringen, verwendete Ertmann, wie er selbst gesteht, ihm anderwärts amtliche Gelder im Betrage von 300.000 K. — Ueber den Ausgang des Prozesses werden wir berichten.

# Die deutschen Sozialdemokraten für die Arbeitslosen.

## Vorlage eines Gesetzentwurfes. — Höchstbauer der Unterstufung ein Jahr. — Einheitslag 12 K. — Baritätliche Berufungsinstanz. — Bedeutung: Erhöhung der Nachlasssteuer.

Das Gesetz vom 12. August 1921, Nr. 322, Zlg. d. G. u. B. über die Unterstützung der Arbeitslosen leidet an wesentlichen Mängeln, durch welche die Arbeitslosen schwer benachteiligt werden. Deshalb haben im Abgeordnetenhaus die Gen. Roscher, Hausmann und Fohl den Entwurf eines Gesetzes vorgelegt, der — ohne eine Änderung des n. d. Gesetzes ausgenommenen Systems anzustreben — die Durchführung der dringendsten Reformen in der Frage der Arbeitslosenunterstützung bezweckt.

Zunächst muß der Kreis der Anspruchsberechtigten in klarer Weise umschrieben werden (§ 1 Abs. 1), damit auch das Gesetz auf jene Personen Anwendung finden kann, welche im Zeitpunkte des Beginnes seiner Wirksamkeit im Besitze der Arbeitslosenunterstützung waren oder dieselbe wegen Ablaufes der bisher geltenden Unterstützungsfrist verloren haben. Die Höchstdauer des Anspruches auf die Unterstützung wird auf ein Jahr, gerechnet vom Beginne der Wirksamkeit des neuen Gesetzes, festgesetzt, weil damit gerechnet werden muß, daß ein großer Teil der arbeitslos Gewordenen vor Ablauf eines Jahres nicht wieder eingestellt werden kann.

Die Gründe, bei deren Vorhandensein ein Anspruch auf Unterstützung nicht besteht, sind, um jede Willkür zu verhindern, präzise gefaßt. Die durch nichts gerechtfertigte Abstufung der

Arbeitslosenunterstützung nach der Einwohnerzahl wird abgeschafft und ein einheitlicher Satz für die persönliche Arbeitslosenunterstützung mit 12 K. beantragt. Da die Verpflichtung der Unternehmer, freie Stellen der Arbeitsvermittlungsstelle anzumelden, prozesslos ist, wenn ihnen auch nicht die Verpflichtung auferlegt wird, bei Besetzung freier Stellen zunächst die von der Arbeitsvermittlungsstelle zugewiesenen Arbeitnehmer zu berücksichtigen, wurde der Absatz zwei des Paragraphen fünf in entsprechendem Sinne ergänzt. Die Vorschriften über das Verfahren wurden durch Kürzungen der Fristen und durch Schaffung einer eigenen Berufungsinstanz, in welcher die Vertreter der Gewerkschaften und der Unternehmerorganisationen Sitz und Stimme haben, wesentlich verbessert. In den Paragraphen 12 und 13 wird klar und deutlich die Versicherungspflicht der Arbeitslosen erfüllenden Arbeitslosen ausgesprochen.

Die etwaigen durch diesen Gesetzentwurf hervorgerufenen Mehrausgaben, welche die Staatsfinanzen belasten, sind durch eine Erhöhung der Nachlasssteuer um fünf Prozent bei Nachlässen mit einem Werte über 300.000 K. zu decken.

In formeller Beziehung wird die Zuweisung des Gesetzesantrages an den sozialpolitischen Ausschuss beantragt.

## Ein nächtlicher Überfall.

Prag, 26. Oktober. Karl Solub aus Zeliwe ist ein Mensch, der sehr schwer etwas begreift. Nicht, daß er vielleicht dumm wäre, sondern ihm kommen Ereignisse viel später, oft erst nach einigen Stunden, zum Bewußtsein, wenn andere Menschen die Sachen schon längst vergessen. Man könnte ihn beinahe einen harmlosen Gräbler nennen, wenn er nicht noch andere Eigenschaften hätte, die bei seiner Beurteilung weit schwerer ins Gewicht fallen und darum vor allem genannt werden müssen: Solub wird nämlich, je länger er sich eine Sache überlegt, desto gefährlicher. Den Beweis für diese Behauptung erbrachte er am 11. August. An diesem Tage kam er zu seinem Kollegen Josef F r o n o c h zu Besuch und, da der Mann nicht zu Hause war, unterhielt er sich mit dessen Frau. Und unterhielt sich dabei so gut, daß ihn F r o n o c h, als er heimkam, kurzerhand durchprügelte und hinauswarf. Solub torstelte mit geschlagenen Gliedern heim, fiel ins Bett und — träumte. Träumte von all dem, was ihm bei Tag Schönes und noch mehr Unangenehmes widerfahren war. Dabei erwachte er und begann nachzudenken, stundenlang. Da packte ihn wieder der Teufel, der ihn gewalttätig werden ließ, wenn er allzulange nachdachte, er riß sich den Mantel um, ergriff ein Küchenmesser und stürmte in Unterhosen hinaus. „Er hat dich geschlagen und hinausgeworfen“ heulte eine Stimme in ihm, während er der Wohnung des F r o n o c h zueilte. Bei F r o n o c h schlief alles, denn es war ja dunkle Nacht. F r o n o c h erwachte jedoch gleich von dem Traum, den der eindringende Solub machte, stürzte sich auf den Gewalttäter und entriß ihm das Messer. Solub packte jetzt das Kind des F r o n o c h, das ruhig in der Wiege schlief und wollte davonlaufen. Doch gelang es F r o n o c h, ihm das Kind zu entreißen. Beide Männer ergriffen nun Messer und hieben auf einander los. F r o n o c h wurde dabei leicht verwundet. —

Solub mußte wegen seines gewalttätigen Ueberfalles vor Gericht, das ihn zu zwei Monaten schweren Kerkers verurteilte.

## Kleine Chronik.

**Polizeiliche Maßnahmen gegen Fahrgänger in Wien.** Wie der Vorstand der Wiener Kraftfahrer-Union in der letzten Vorstandssitzung der Union mitteilte, wird die Wiener Polizeidirektion in den nächsten Tagen in einer Rundmachung den Straßenpassanten zur Kenntnis bringen, daß Uebertretungen der G e h o r d u n g ebenso bestraft werden wie Ueberschreitungen der Fahrvorschriften von Seiten der Fahrer. Gegen die Gehordnung vergeht man sich unter anderem auch, wenn man von der Waage beim Lesen von Zeitungen etc. oder im Gespräch mit andern Personen, in der Fahrbahn stehend, in Störungen betreten wird oder wenn man der Anforderung der den Straßenbahnverkehr regelnden Wachen nicht Folge leistet.

**Schneestürme im Riesengebirge.** Wie aus Krummhubel in Böhmen berichtet wird, herrscht im Gebiete Radebojs bereits strenges Winterwetter. Am letzten Samstag abend waren drei Personen aus Niederhof in Böhmen, die bei einbrechender Dunkelheit nach dem Melzergrund im Riesengebirge wollten, in Lebensgefahr und wären im Schneesturm beinahe umgelommen, wenn ihnen nicht der Besitzer des Schieferhauens Hilfe geleistet hätte. Die Rettungsarbeiten nahmen infolge des riesigen Schneesturmes drei volle Stunden in Anspruch.

## Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

„Wie kann ein Mensch durch die Tat eines anderen beschämt werden?“  
Ich begriff was er meinte und schämte mich nicht mehr.  
Und abermals sprach der Fremde, sagte: „Der Rob ist ein blindes Etwas, ängst als Mahusim. Ist das Tier im Menschen, das mit seinem Herrn durchgeht.“  
Ich dachte bei mir: wie kann er wissen, was mir wiederfuhr? Dann aber fiel mir ein: geliebte! Ich er, wie ich in die Kirche: geliebte! Ich überkam mich der seltsame Wunsch, jene Soldatenbüchsen zu einzuordnen. „Wir mühten einen harten Kampf beschien.“ rief ich. „Und Sie wissen ja, wie der Krieg wirkt — auf den Geist wirkt.“  
„Ja.“ erwiderte der Fremde, „ich weiß es, weiß es mir allzu gut.“  
Ich wollte ihm die Gefühle des Robs, das Ganze erklären, doch sah ich ein, daß dies nicht möglich sei. Wie soll ich ihm Filme, die deutsche Konkurrenz und die einstigen, jetzt arbeitslos gewordenen Soldaten erklären? Nach einer kleinen Pause fragte er: „Können Sie jetzt aufstehen?“  
Ich versuchte, und es gelang. Mein Kinnladen schmerzte noch immer, doch schien dieser Schmerz etwas außerhalb mir Liegendes zu sein. Meine Augen blühten klar und scharf, doch zwei Dinge schienen mir nicht in Ordnung: der Rob, der neben mir stand, und das Loch in dem Fenster, wo ich ihn an so vielen Sonntagmorgen gesehen hatte.  
„Wollen Sie jetzt gehen?“ fragte er. Und da ich zögerte, sagte er lakvoll hinzu: „Bleibst du erlauben Sie mir, mit Ihnen zu kommen?“

großen Limmel und sein Gesicht, in das ich schlagen wollte, fühlte Scham, Verwirrung, bestand nicht in einem merkwürdigen hysterischen Zustand, dem sich allerhand seltsame Empfindungen bemischten. Die Geschichte des Dr. Caligari die Ireneustadt; — ich habe einen Schiffbruch erlitten, dachte ich, werde nie mehr ganz bei Verstand sein. So sah ich zusammengekauert und fröstelnd, bis ich eine Hand auf meiner Schulter fühlte und eine sanfte Stimme sagen hörte: „Fürchte nicht. Ich bin es.“  
Ich will keine Zeit damit verlieren, euch zu schildern, wie erstaunt ich war. Lange konnte ich nicht an das glauben, was ich erlebte, dachte, ich sei verrückt geworden. Ich hob die Augen, sah, in der ehrenden St. Bartholomäus-Kirche, die Gestalt aus dem gemalten Fenster! Ich blühte sie zweimal an, dann schaute ich zum Fenster hinauf. Wo sich die Gestalt befunden hatte, war ein großes Loch, durch das die Sonne fiel.

Wir alle kennen die Macht der Suggestion, die sich besonders dann auswirkt, wenn die Tiefen des Unterbewußtseins aufgewühlt werden, in denen unsere Kindheits Erinnerungen begraben liegen. Ich war in einer religiösen Familie aufgewachsen; daher erschien es mir auch ganz natürlich, daß, während seine Hand auf meinem Kopfe lag, das Hämmern in den Schläfen, der Schmerz und auch die Angst verschwanden. Ich wurde ganz ruhig, war es zufrieden, still zu sitzen unter dem gütigen Zauber. „Weshalb weinen Sie?“ fragte die Stimme.  
Jögernd erwiderte ich: „Ich glaube, aus Beschämung.“  
„Laten Sie etwas?“  
„Nein, es ward mir etwas angetan.“

# Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

**Der Vertragsabschluss in der Handschuhindustrie in Avertam.** Wir berichteten bereits kurz über die Aussperrung von 700 Handschuharbeitern in Avertam, welche durch die Unternehmer nur deshalb erfolgte, weil sich die Arbeiterchaft unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen dem Diktate eines 30prozentigen Lohnabbaues nicht fügen konnte. Am 19. Oktober fanden nun neuerlich Verhandlungen mit den Handschuhherzeugern von Avertam statt und war es möglich, bei diesen Verhandlungen eine Einigung herbeizuführen: Der Lohnabbau der Handschuhmacher und Handschuhnäherinnen beträgt 20 Prozent. Durch das entlassene Auftreten der Avertamer Arbeiterchaft war es möglich, den größten Teil der Forderungen der Unternehmer zurückzuweisen, so daß der Abschluss als ein Erfolg der Organisation bezeichnet werden kann.

**Eine staatliche Bank für langfristige Kredite.** Wir haben in der vorigen Woche die Nachricht gebracht, — die wir der Wiener Zeitschrift „Die Börse“ entnommen haben — daß im Finanzministerium ein Gesetzentwurf über die Schaffung einer staatlichen Kreditbank ausgearbeitet wurde. Die „Prager Presse“ hat hierauf die Nachricht gebracht, daß dieser Entwurf eine Modifikation sei, der die Wiener Zeitschrift aufgefressen sei. Die „Börse“ bringt nun in ihrer Nummer von dieser Woche die Feststellung, daß ein solcher Entwurf tatsächlich im Prager Finanzministerium erliegt und daß sein Autor der Direktor der Prager Kreditbank Dr. P. N e s s e l ist.

**Gendarmen gegen Arbeiter.** Die Firma Weichhuhn u. Söhne, Freiheiter Papierfabrik in Jungbunzlau, verlangte einen 30prozentigen Lohnabbau und die Herabsetzung der Aufschlagsbeiträge um 50 Prozent. Nach langen mühseligen Verhandlungen boten die Arbeitervertreter einen Lohnabbau von 15 Prozent an, den aber die Firma nicht annahm. Sie kündigte am 7. Oktober die gesamte Arbeiterchaft 14tägig. Am Samstag den 21. Oktober, an dem die Kündigung in Kraft trat, beschloß eine Versammlung der Arbeiter, der Firma neue Vorschläge zu unterbreiten, damit der Betrieb aufrecht erhalten werden könne. Am selben Tage fanden noch Besprechungen mit Herr Weichhuhn statt, der aber die Forderungen der Arbeiterchaft ablehnte und insbesondere sich weigerte, den Betriebsaussschuß wieder einzustellen. Daraufhin wurde der Trautemauer Schiedskommission die Klage übergeben. Die Arbeiterchaft verlangte vom Betriebsaussschuß, er möge am Montag den 23. Oktober noch einmal versuchen, mit der Firma ein Abkommen zu treffen. Um sechs Uhr früh dieses Tages versammelte sich auch die gesamte Arbeiterchaft vor der Fabrik. Der Herr Verwalter J u s t wußte nun ein gutes Mittel: Er berief G e n d a r m e n, welche ja zum Schutze der Unternehmer immer bei der Hand sind. Unterdessen erschien auch Sekretär, Genosse M a c a l, der die Firma zu Verhandlungen bewegen wollte. Herr Weichhuhn erklärte zunächst dem Genossen M a c a l, nur mit dem Betriebsaussschuß zu verhandeln. Schließlich bequante er sich doch, auch mit dem Genossen M a c a l zu sprechen; die Verhandlungen führten jedoch zu keinem Resultat. Inzwischen wurde die Gendarmen verstärkt. Nachmittags fanden Verhandlungen bei der Schiedskommission in Trautemau statt, in deren Verlauf der Betriebsverwalter J u s t zu verziehen gab, daß die Firma nicht gewillt sei, den Betriebsaussschuß neu aufzunehmen. So blieben durch Schuld der Unternehmer auch diese Besprechungen ergebnislos, so daß Genosse M a c a l das Eingreifen des Statthaltersekretärs E n g e l h a l e r erbat, unter dessen Vorstie die Verhandlungen nun fortgesetzt werden dürften. Herr Weichhuhn hat gezeigt, daß er mit zu den brutalen Unternehmern gehört:

Copyright 1922 by Der Malik-Verlag, Berlin-Solensee.

# Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair. (3)

Autor. Uebersetzung von Hermann zur Mühlen.

Noch nie hatte ich davor versucht, Unannehmlichkeiten zu entgehen; ich wollte nur fort, aber der große Bursche stellte mir ein Bein und brachte mich zu Fall, warf mich in den Kinnstein; natürlich mußte ich zurückschlagen. Aber ich war hilflos, hatte kaum die geballte Faust erhoben, da erhielt ich ins Gesicht einen heftigen Schlag. Ich weiß nicht, ob mich eine Hand traf oder eine Waffe. Ich fühlte bloß den Schlag; Schwindel kam mich an, und Püffe und Nüstertöße stürmten auf mich los.

Ich bitte euch, mir zu glauben, daß ich in den Argonnen nicht fortgelaufen bin. Ich tat meine Pflicht, wurde verwundet und erhielt eine „lobende Erwähnung im Tagesbefehl.“ Dort jedoch hatte auch ich Chancen, hier aber gab es für mich keine, ich war betäubt, mein Körper reagierte unwillkürlich und — ich lief, was ich konnte. Fuhrtritte und Stöße beschleunigten meine Bewegung. Dann sah ich erliche breite Steinstufen, strotzte stehend zu ihnen hin, kam an ein großes offenes Tor, taumelte hindurch und befand mich in einem dunklen kühlen Raum, vorfeld wie ein Betrunkener, aber nicht mehr geschlagen und anscheinend nicht mehr verfolgt. Ich fühlte, daß ich kaste, tastete um mich, ergriff etwas und sank auf eine Holzbank nieder.

4.

Ich war in die St. Bartholomäuskirche geflohen. Als ich wieder zu mir kam, benahm ich mich äußerst lässlich — ich muß es wohl gestehen — ich weinte. Ich glaube nicht, daß mir die Schmerzen in Kopf und Gesicht Tränen ersprehen, vielmehr weinte ich vor Wut und Beschämung, weinte bei dem Gedanken, daß ich, der gehoffen hatte, den Sieg erringen, vor einer Bande feiger Rowdys hatte fliehen müssen. Jedenfalls lautete ich in der Kirchenbank und weinte, als ob mir das Herz brechen wollte.

Schließlich hob ich den Kopf, blickte, noch immer mit der einen Hand die Kirchenbank umklammert haltend, um mich. Die Kirche schien leer. Ich schaute in dunkle Gänge, und vor mir erhob sich der glänzende Altar; hoch oben, durch ein bemaltes Fenster, leuchtete die Sonne. Ihr kennt doch die Gestalten auf bemalten Kirchenfenstern: ein Mann mit langen Gewändern, weiß, purpur und Gold, mit braunem Bart und einem milden traurigen Gesicht, um den Kopf einen schimmernden Heiligenschein. Von Wut und Schmerz gewürgt, starrte ich auf die Gestalt, ballte Fäuste, beschloß, die Kirche zu verlassen, diesen Bestien zu folgen, dem großen Burschen das Gesicht einzuschlagen. Und nun begann der seltsame Teil meines Abenteuers: plötzlich streckte mir die schimmernde Gestalt die Arme entgegen, als sehe sie mich an, keine derartigen Nachgedanken zu hegen!

Natürlich wachte ich sofort, was dies bedeutete; ich hatte eben ein Bild gesehen, in dem die Desirien eines Wahnsinnigen vorkamen, war daraufhin auf den Kopf geschlagen worden und delirierte nun selbst. Ich bin wohl schwer verletzt; den schwindelnden Kopf in den Händen verbergend, schluchzte ich wie ein Kind, laut, ohne mich zu schämen. Jrgendwie vergaß ich völlig den

(Fortsetzung folgt.)



Arbeiter, die ihm durch 30 Jahre hindurch seinen Reichtum aufrechten halfen, wirft er nunmehr einfach aufs Pflaster.

Der Verfassungskonflikt beim Finanzministerium hielt am 25. Oktober unter Vorsitz des Finanzministers seine ordentliche Monatsitzung ab. Es wurde unter anderem die Rückzahlung der bei der Notenabstempelung ausgegebenen Erlagscheine besprochen, welche unter Mitwirkung des Bankamtes ausgeführt werden soll.

Die Frage der Einlösung der Vorkriegsgrenten. Das Finanzministerium teilte gestern zur bevorstehenden Einlösung der Vorkriegsgrenten mit, daß mit einer baldigen Beendigung der Durchführungsaktion zu rechnen ist.

„Sozialpolitik“ in Sowjetrußland. Die Verhandlungen Sowjet-Rußlands mit den Kapitalisten des Westens laien den Herrschenden Rußlands die Veranschlagung mit den kapitalistischen Manieren verfaßt zu haben, die sie nun den Arbeitern gegenüber anwenden.

Umfangreicher ist sodann das Werden des Sozialismus in Frankreich geschildert. Manches Neues und Interessantes weiß Beer über Fourriers zu erzählen, dessen geistige Unausgeglichenheit und furchtbare Ueberheblichkeit er hervorhebt.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:
Prag 140.00
Wien 2307.-

Prager Kurse.

Table with 3 columns: Item, Gold, Ware. Includes prices for 100 Pfund, 100 Mark, etc.

Züricher Schlußkurse.

Table with 3 columns: Location, Rate, Rate. Includes prices for Berlin, Wien, Prag, etc.

Literatur.

Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe, 4. Teil, die Zeit von 1750 bis 1830 von W. Beer, Berlin 1922, Verlag für Sozialwissenschaftlichen.

Das hiermit angezeigte Werk, von dem bereits drei Bände erschienen sind, wird, sobald es in der Gesamtheit vorliegt, eine sehr brauchbare allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe darstellen.

Die Darstellung geht von der wirtschaftlichen Umwälzung Englands zu Ende des 18. Jahrhunderts aus und weist unter anderem nach, daß all die großen technischen Erfindungen zur Zeit des aufstrebenden Kapitalismus Arbeiter, Handwerker und Kleinrentner waren.

Ein zweites Kapitel behandelt die französische Revolution und die in ihr aufgetretenen sozialen Strömungen. Sehr bald ist die der Gegensatz zwischen dem Bürgertum und dem Proletariat hervorgetreten.

Umfangreicher ist sodann das Werden des Sozialismus in Frankreich geschildert. Manches Neues und Interessantes weiß Beer über Fourriers zu erzählen, dessen geistige Unausgeglichenheit und furchtbare Ueberheblichkeit er hervorhebt.

Geld und Valuta. Eine Untersuchung über die Probleme der inneren und äußeren Geldbewertung von Alfred Brauntal. Die vorliegende Schrift, die den volkswirtschaftlichen Mitarbeiter der Leipziger Volkszeitung zum Verfasser hat, behandelt im ersten Teile das in n e r s t a a l i c h e Währungsproblem, und zwar auf historischer Grundlage.

Kunst und Wissen.

„Die lustigen Weiber von Windsor.“ (Prager Deutsches Theater.) Das von den Komponisten unserer Zeit überaus selten gepflegte Gebiet der komischen Oper hat diese Jurisprudenz wechselfähig nicht verdient: denn es gibt, wie die Aufführung von Nicolais Meisterwerk bewies, daß nicht nur gute Darsteller dafür, sondern, was noch wichtiger ist, auch ein anspruchsvolles Publikum vorhanden sind.

Advertisement for Kugellager-Schreibmaschine SMITH BROS. Includes text: 'Wer eine Smith hat bleibt ihr ewig treu.' and contact information for Prague and Lucerna.

Advertisement for Bio-Programm vom 27. Oktober bis 2. November. Lists various film titles like 'Die weiße Pest', 'Die Feuerräder', etc.

Advertisement for LIDO-BIO, ILUSSION, and SANSSOUG. Includes details about film screenings and contact information.

Advertisement for 'Wo verkehren wir?' featuring Café Continental, Goldenes Kreuzel, and Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus.

Advertisement for Café 'Nizza' at Kgl. Weinberg, Jungmannstraße 27.

Advertisement for Gastwirtschaft 'Lidový dům' der Genossenschaft 'Gany med' in Prag II.

Advertisement for Restaurant SKVOR at Rubelgasse 7, featuring Teplitz-Schönau.

Advertisement for CAFÉ EUROPE at Bahnhofstraße.

vertunbern, wie er sich als Sänger und Darsteller in seiner Aufgabe nicht nur zurechtfindet, sondern sich sogar ausgezeichnete (Romane). Herr Zedek als eifersüchtiger Huth, Paula Sommer als lustige Mißverworene, Gina Dinesen als verliebtes Fräuleinchen und die Herren Ludwif, Haber, Czerner, Konisch und Kurfa waren ein ganz famosies Lustspielensemble.

Neues Theater. Heute, den 27.: „Bauwan“; Samstag, den 28.: nachmittags „Fajudere“, abends „Salome“, halb 10 Uhr nachts: Aufführung „Entlassung“; Sonntag, den 29.: nachmittags „Haben Sie nichts zu verzeihen?“, abends „Offenbach“.

Turnen und Sport.

Das Treffen DFB. gegen OSH. am 28. Oktober. Die Verbandsmannschaft des DFB. wurde wie folgt aufgestellt: Tor: Schubert (Karlsbader F.V.); Rechts: Kersch (Teplitzer F.V.), Kuchnka (DFC.); Links: Schröder, Mohrer, Döring (alle Teplitzer F.V.); Stürmer: Bobor, Sedláček, Kozeluh (alle Teplitzer F.V.), Leh Keller (beide DFC.).

Advertisement for PALMA Kautschuk Absatz und Sohle. Includes an image of a shoe sole and text: 'Unerreicht an Passform und Haltbarkeit. Ersetzen das teure Leder.' and 'D.S.' logo.

Advertisement for 'Ein unentbehrliches Handbuch das in keiner Arbeiterfamilie fehlen darf, ist das Arbeiter-Jahrbuch 1923'.

das in den nächsten Wochen im Verlage des Parteivorstandes der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik erscheint. Gerade das Beste ist für die Arbeiter gut genug. Kein minderwertiges Gedicht, keine leichte Erzählung fand deshalb Aufnahme in dieses proletarische Hausbuch.